

ÜBERBLICK

Zeitschrift des Informations- und
Dokumentationszentrums für
Antirassismuserbeit in Nordrhein-Westfalen



Diskursive und politische Enthemmungen mit gravierenden Folgen für Geflüchtete

Die aktuellen Verschärfungen des Asyl-
rechts: Die Konsequenzen für Geflüchtete

„Wir müssen die offene Gesellschaft
verteidigen“

Oder soll man es lassen..? Impulse für die
rassismuskritische Bildungsarbeit im
Kontext Migration und Flucht

IDA-NRW

Informations- und Dokumentationszentrum
für Antirassismuserbeit in Nordrhein-Westfalen



INHALT

Diskursive und politische Enthemmungen mit gravierenden Folgen für Geflüchtete

Die aktuellen Verschärfungen des Asylrechts: Die Konsequenzen für Geflüchtete

Maximilian Pichl

„Wir müssen die offene Gesellschaft verteidigen“

Kolja Koch im Gespräch mit Kawa Eibesh, Avin Mahmoud und Birgit Naujoks

Oder soll man es lassen..? Impulse für die rassismuskritische Bildungsarbeit im Kontext von Migration und Flucht

Kolja Koch

Literatur und Materialien

Infos

Termine

IMPRESSUM

Überblick

Ausgabe 3/2018, 24. Jahrgang
ISSN 1611-9703

Herausgegeben vom

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit in NRW (IDA-NRW)
Volmerswerther Str. 20 · 40221 Düsseldorf
Tel: 02 11 / 15 92 55-5
Info@IDA-NRW.de
www.IDA-NRW.de

Redaktion

Karima Benbrahim, Roxana Gabriel

Online-Ausgabe

www.ida-nrw.de/publikationen/ueberblick/

Einsendeschluss von Nachrichten und Veranstaltungshinweisen für Ausgabe 4/2018: 1. Dezember 2018

EDITORIAL

Liebe Leser*innen,

Die letzte Deutschlandtrend-Umfrage ergab, dass die AfD im Falle einer Wahl zweitstärkste Kraft in diesem Land werden würde. Angesichts von Chemnitz und den steigenden Umfragewerten einer völkischen Partei, brennenden Flüchtlingsheimen sowie physischen Übergriffen auf PoCs, Linke, Journalist*innen, des NSU-Komplexes und der Übernahme von AfD-Themen durch Politiker*innen demokratischer Parteien sollte deutlich geworden sein, dass vor allem die AfD erheblich von der Koalitionskrise und der Handlungsunsicherheit im Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus profitiert.

In diesem Zustand wird seitens der Politik Empathie für den Mob von Chemnitz suggeriert und die Opfer werden weiterhin im Stich gelassen. Seit Jahren werden in Deutschland fast täglich Menschen, die vermeintlich nicht weiß deutsch aussehen, Opfer rechter und rassistischer Gewalt. Flüchtlingsunterkünfte werden beschädigt, angezündet oder mit Hasspropaganda beschmiert. 2017 zählten Pro Asyl und die Amadeu Antonio Stiftung durchschnittlich vier Angriffe auf Geflüchtete oder ihre Unterkünfte *pro Tag*.

Die rechte Hetzjagd in Chemnitz hat vor allem verdeutlicht, dass das Opfer Daniel Hellig, Deutsch-Kubaner, DANN als deutsch gilt, wenn die Täter geflüchtete Menschen sind. Menschen mit schwarzen Haaren oder anderen äußerlichen Merkmalen, die das rechte Bild einer deutschen Volkszugehörigkeit stören, werden hingegen zu Ausländern gemacht.

Das Opfer wird vom rechten Narrativ vereinnahmt und das Deutschsein wird für rechte Zwecke benutzt, um PoCs und Geflüchtete auf offener Straße zu jagen. Der mediale Diskurs skizziert nicht nur das Paradox um das Opfer, sondern auch die problematische Bezeichnung der Angriffe von Chemnitz als Attacken „gegen Ausländer“. Dieser Diskurs über die „Ausländer“ zeigt eine bestimmte Perspektive auf Zugehörigkeit und Deutschsein, die nicht an rechten Rändern, sondern in der Mitte der Gesellschaft zu verorten ist. Die Verweigerung gesellschaftliche Diversität als Realität anzuerkennen und die damit verbundene Vorstellung von einem völkisch-homogenen Deutschsein ist nach wie vor wirkmächtig. Dieses Narrativ bleibt nicht ohne Konsequenzen.

Statt Empathie mit den Tätern zu empfinden sollte die Gesellschaft, der Staat und die Medien den Opfern rassistischer und rechter Übergriffe die Solidarität und den Schutz erfahren lassen, die ihnen gebühren. Die Angriffe gelten einem Viertel der deutschen Bevölkerung, die unter dem sog. Begriff „Ausländer“ subsumiert werden – den Menschen, die im Beamtendeutsch als Personen „mit Migrationshintergrund“ bezeichnet werden. Es sollte selbstverständlich sein, dass das Gewaltmonopol des Staates Bürger*innen („Menschen mit Migrationshintergrund“) dieses Landes schützt, die aufgrund ihres Aussehens und ihrer politischen Einstellung den rechten und rassistischen Übergriffen ausgesetzt sind.

Herzliche Grüße, Karima Benbrahim

Diskursive und politische Enthemmungen mit gravierenden Folgen für Geflüchtete

Im ersten Artikel analysiert Maximilian Pichl die aktuellen Verschärfungen des Asylrechts und macht deutlich, welche Konsequenzen die Mechanismen der Abschreckung für Geflüchtete haben. Im zweiten Beitrag sprechen Kawa Eibesh (BUNDjugend NRW), Avin Mahmoud (Jugendliche ohne Grenzen) und Birgit Naujoks (Flüchtlingsrat NRW) im Interview über die aktuellen Asyldiskurse, Alltagsrassismus und Möglichkeiten des zivilgesellschaftlichen Widerstands. Kolja Koch gibt im dritten Artikel Impulse für eine rassismuskritische Bildungsarbeit im Kontext von Migration und Flucht.

Die aktuellen Verschärfungen des Asylrechts: Die Konsequenzen für Geflüchtete

// Maximilian Pichl

Das Asylrecht wurde seit dem Sommer 2015 durch eine Kaskade von Gesetzen deutlich verschärft. Das Asylpaket I und II, das Integrationsgesetz und das Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht wurden in Schnellverfahren und ohne hinreichende öffentliche Debatte verabschiedet. Abgesehen von der sogenannten Ausbildungsduldung, die die Abschiebung von Personen, die sich in einer Ausbildung befinden aussetzt, wurden die Rechte von Geflüchteten ausschließlich beschränkt. Zu den drastischsten Eingriffen zählen die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Geschützte (§ 104 Abs. 13 Aufenthaltsgesetz), die Regelung abgelehnte Asylsuchende ohne Ankündigung abzuschicken (§ 59 Abs. 1 S. 8 Aufenthaltsgesetz) und neue Tatbestände, die es den Behörden ermöglichen die Sozialleistungen von Geflüchteten drastisch zu reduzieren (§ 1a Asylbewerberleistungsgesetz). Die Bundesregierung will es bei diesen Verschärfungen aber nicht belassen. Laut dem Koalitionsvertrag sollen flächendeckend sog. AnKER-Zentren entstehen, eine euphemistische Abkürzung für „Zentrum für Ankunft, Entscheidung, Rückführung“. Geplant ist außerdem die Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien, sowie Georgien als „sichere Herkunftsstaaten“ einzustufen. Welche weiteren Maßnahmen aus dem sog. „Master-Plan von Bundesinnenminister Horst Seehofer umgesetzt werden, ist zudem noch offen.¹ Derweil verhandeln die Organe der EU über ein neues Gemeinsa-

mes Europäisches Asylsystem, das noch weitreichendere Auswirkungen auf das Asylrecht haben wird als die von Seehofer angestrebten Änderungen auf nationaler Ebene. Zusammengenommen laufen die neuen Asylrechtsverschärfungen darauf hinaus, Geflüchteten den Zugang zum Recht aus formalen und praktischen Gründen zu verwehren. Die Asylrechtsverschärfungen sind nicht zuletzt im Kontext eines virulenten autoritären Rechtsrucks in den EU-Mitgliedsstaaten zu betrachten.

Renaissance der Lagerpolitik

Gegenüber der Öffentlichkeit behaupten Regierungsvertreter*innen, die Ankerzentren würden vor allem zu einer effektiven Zusammenarbeit verschiedener Behörden beitragen, wodurch sich die Dauer der Asylverfahren und der Abschiebungen reduzieren lasse. Prinzipiell sollen alle neu eingereisten Geflüchteten in den Zentren untergebracht werden. Jene, deren Asylantrag erfolgreich ist, werden von dort auf die Kommunen verteilt, alle anderen sollen in den Lagern bleiben bis sie „freiwillig“ ausgereist sind oder abgeschoben wurden. Durch eine Residenzpflicht soll sichergestellt werden, dass die Betroffenen in den Lagern bleiben. Die Ankerzentren sind keine neue Erfindung, sondern es gibt vergleichbare Modelle bereits in den bayerischen Einrichtungen in Manching und Bamberg (vgl. Jakob 2018). Für die Geflüchteten ist die dortige Situation sehr schwierig: Sie haben kaum Zugang zu einer unabhängigen Rechtsberatung und Flüchtlingskinder bekommen keinen ordentlichen Schulunterricht. Durch das monatelange Ausharren in den Lagern und dem damit verbundenen Stress kommt es immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen unter den Geflüchteten. Aus diesen Gründen haben viele Bundesländer, aber auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP), Vorbehalte gegenüber den Ankerzentren eingebracht, gleichwohl will sie Bundesinnenminister Horst Seehofer flächendeckend einführen.

Sollten die Ankerzentren nach dem bayerischen Vorbild zur Regel werden, würde dies eine Renaissance der Lagerpolitik einleiten, die vor dem Sommer 2015 schrittweise zurückgebaut wurde (vgl. Pieper 2013). Seit dem Ende der 1990er und während der 2000er Jahre hatten Geflüchtete mit Hungerstreiks und anderen aufsehenerregenden Protestaktionen auf die desolate Situation in den Lagern hingewiesen, die sich oft fernab der großen Ballungszentren befanden. Viele Bundesländer gingen deshalb dazu über, Geflüchtete dezentral unterzubringen, d. h. auch in den Städten, wo es für sie leichter werden sollte, einen Arbeitsplatz und Anschluss an die Zivilbevölkerung zu finden. Schon seit dem Herbst 2015 wurde dieser Trend umgekehrt, indem Geflüchtete seitdem viel länger in den großen Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben mussten. Die politische Absicht, abgelehnte Asylsuchende bis zu ihrer Abschiebung in den Ankerzentren zu kasernieren, ist daher als Rollback zuvor erreichter Fortschritte in der Flüchtlingspolitik einzuordnen.

¹ Zu einer rechtspolitischen Einschätzung des Masterplans, siehe: www.proasyl.de/news/masterplan-deutschland-macht-dicht/.

Abschreckung, Isolation, fehlender Rechtsschutz

Der Lagerpolitik liegen drei Ziele zugrunde: Die Art und Weise, wie Geflüchtete in den Lagern untergebracht werden, soll sie dazu bewegen, „freiwillig“ aus Deutschland auszureisen. Freilich ist diese Ausreise vor allem der perspektivlosen Situation vieler Geflüchteter geschuldet. Die Lager dienen vor allem der Abschreckung davor weiterhin in Deutschland zu bleiben. In den Lagern werden die Geflüchteten zudem von ehrenamtlichen Unterstützerkreisen und generell einem Kontakt zur Zivilbevölkerung ferngehalten. Dieser Nebeneffekt wird der Verfestigung des Aufenthalts von abgelehnten Asylsuchenden, z. B. durch eine Ausbildungsduldung oder ein Bleiberecht, entgegenwirken. Schließlich sind Abschiebungen für den Staat aufwendiger, wenn sich der lokale Sportverein, der Ausbildungsbetrieb oder die neugewonnenen Freunde für den Verbleib des Betroffenen einsetzen. Der fehlende Kontakt zur Zivilbevölkerung bewirkt weiterhin, dass Geflüchtete mitunter keinen oder nur einen verspäteten Kontakt zu Asylrechtsanwält*innen bekommen. Rechtsschutz wirkt nicht aus sich selbst heraus, sondern muss aktiv mobilisiert werden. Da Geflüchtete aber oft ihre Rechte nicht kennen, sind sie darauf angewiesen, dass erfahrene Helfer*innenkreise oder auch die an vielen Orten gegründeten Refugee Law Clinics (RLCs) an juristischen Fakultäten für sie den Zugang zum Recht organisieren. Indem Geflüchtete in den Lagern diese Form der Rechtsunterstützung oft nicht erhalten, dürfte vielen von ihnen ein effektiver Zugang zum Rechtsschutz fehlen. Das heißt, dass womöglich sehr viele Menschen abgeschoben werden, die bei ausreichender Hilfe vor Gericht doch noch Erfolg gegen eine fehlerhafte oder rechtswidrige Entscheidung der Migrationsbehörde gehabt hätten.

„Not in my backyard“-Politik der EU

Noch viel gravierender als die Verschärfungen des nationalen Asylrechts sind die Entwicklungen auf der EU-Ebene. Das Asylrecht ist heutzutage vor allem Europarecht, das heißt die Veränderung der Europäischen Rechtsakte wird die Art und Weise verändern, ob und wie Asylsuchende Zugang zum europäischen Asylsystem erhalten, wie ihre Asylverfahren beschaffen sind, unter welchen Bedingungen sie aufgenommen werden und aus welchen Gründen sie eine Anerkennung als Flüchtling erhalten. Bereits seit Mitte 2016 verhandeln die EU-Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament über einen Vorschlag der EU-Kommission (vgl. Pichl 2016). Aktuell übernimmt die österreichische Ratspräsidentschaft die weiteren Verhandlungen – eine Regierung, an der extrem rechte Akteure wie die FPÖ beteiligt sind. Die Vorschläge sind ein eindeutiges Zugeständnis an die rechten und autoritären Parteien, indem die EU-Kommission und der Rat eine „not in my backyard“-Politik vorantreiben, derzufolge Geflüchtete kaum in der Lage sein werden, um Asyl in der EU zu

ersuchen. Kern der Reform ist eine Veränderung der Dubliner Verordnung, die regelt, wo ein Asylsuchender in der EU einen Asylantrag stellen soll. In der Regel ist dies der Mitgliedstaat, in dem der Asylsuchende zuerst europäisches Territorium betreten hat oder registriert wurde; aber auch Verbindungen zu Familienangehörigen, die bereits in einem EU-Mitgliedstaat sind, können die Zuständigkeit dieses Staates für den Geflüchteten begründen.

Die geplante Dublin-IV-Verordnung soll ein neues Unzulässigkeitsverfahren etablieren, in dessen Rahmen zuerst geprüft wird, ob Geflüchtete aus einem sicheren Herkunftsstaat oder einem sicheren Drittstaat in die EU geflohen sind. Ist dies der Fall, wird kein Asylverfahren in der EU mehr durchgeführt und der Betroffene soll abgeschoben werden. Der EU-Türkei-Deal ist das offensichtliche Vorbild für diese Regelung. In diesem Zusammenhang ist auch die Absicht der Bundesregierung bedeutsam, die nordafrikanischen Maghreb-Staaten als sicher einzustufen. Das neue Verfahren hätte zur Konsequenz, dass um die Europäische Union herum ein Kordon angeblich „sicherer“ Staaten gezogen wird, Geflüchtete folglich keine Möglichkeit mehr erhalten ihre Fluchtgründe vorzutragen. Eine weitere Verschärfung der Verordnung sieht vor, humanitäre Ermessensspielräume der Mitgliedsstaaten einzuschränken. Nach der heutigen Dublin-III-Verordnung können die Mitgliedsstaaten im freien Ermessen die Asylverfahren von Asylsuchenden übernehmen, sofern eine humanitäre Notsituation besteht (Art. 17 Abs. 3 Dublin-III-Verordnung). Genau diese Regelung benutzte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Sommer 2015, um die Verfahren von zehntausenden Geflüchteten zu übernehmen, die in Ungarn keine Aussicht auf eine menschenwürdige Unterbringung und eine faire Anhörung ihrer Fluchtgründe gehabt hätten. Der Vorwurf, die Bundesregierung hätte im Sommer 2015 das Dublin-Recht gebrochen, der nicht nur von der AfD, sondern bis in die bürgerliche Mitte hinein erhoben wird, entbehrt also jeglicher Grundlage – die Übernahme der Verfahren erfolgte vielmehr im Einklang mit dem Europarecht. Dieser Einsicht zum Trotz soll diese humanitäre Ermessensklausel bei der Dublin-Reform so weit eingeschränkt werden, dass man von ihr zukünftig keinen Gebrauch mehr machen könnte.

Den unterschiedlichen Verschärfungen der Dubliner Verordnung liegt also eine gemeinsame Logik zugrunde: Die Zuständigkeit für den Flüchtlingsschutz soll immer weiter ausgelagert werden. Die westeuropäischen Staaten lagern die Asylverfahren noch stärker als zuvor an die Außengrenzstaaten aus, die wiederum durch die neuen Unzulässigkeitsverfahren die Wege nach Europa für Geflüchtete versperren.

Autoritärer Rechtsruck

Drei Gründe sind für den autoritären Umbau des Asylrechts wesentlich: der aktuelle Rechtsruck in Europa

und die zunehmende Beteiligung extrem rechter Parteien an den nationalen Regierungen; die Zugeständnisse von christdemokratischen, liberalen und sozialdemokratischen Parteien an die rechten Bewegungen; aber auch der Rechtsruck, der sich innerhalb dieser Parteien selbst vollzieht.

Viele autoritäre bis faschistische Parteien sind in den vergangenen Jahren in den europäischen Mitgliedstaaten an die Macht gelangt. Doch führte die erste Regierungsbeteiligung der FPÖ in Österreich im Jahre 2000 noch zu einem Aufschrei und Sanktionen durch die anderen Mitgliedsstaaten, sind die rechten Regierungen mittlerweile zur Normalität geworden. Ein Labor der völkischen Bewegungen findet sich in Ungarn: Dort betreibt Ministerpräsident Viktor Orbán bereits seit 2010 einen autoritären Umbau der Institutionen. Die Politik von Orbán beruht darauf ständig neue Feindbilder zu produzieren, seit 2015 sind vor allem Geflüchtete und ihre Unterstützer*innen im Fokus der Angriffe durch die Regierung. Das Beispiel von Ungarn zeigt aber auch, dass die Konstruktion von Feindbildern zum Kerngeschäft der autoritären Rechten gehört und nicht aufhört, nur weil weniger Geflüchtete kommen oder das Asylrecht verschärft wurde. Vor dem Sommer 2015 waren unabhängige Medienschaffende, die europäischen Institutionen und Angehörige der Roma-Minderheit Gegenstand der Angriffe. Seitdem es Geflüchtete kaum noch nach Ungarn schaffen hat Orbán neue Feindbilder geschaffen; im Fokus des vergangenen Wahlkampfes stand der jüdische Unternehmer George Soros, der in Osteuropa zahlreiche zivilgesellschaftliche Institutionen zur Förderung demokratischer Strukturen unterstützt. Den Angriffen der Regierung ist auch die Central European University ausgesetzt, die Geld von Soros Open Society Stiftung erhält. Die Universität steht kurz davor Ungarn zu verlassen. Das zeigt: Die Erfolge der autoritären Rechten gehen nicht zurück, wenn weniger Geflüchtete Europa erreichen. Die autoritäre Rechte strebt vielmehr einen kompletten völkischen Umbau der demokratischen Institutionen und der Zivilgesellschaft an, der alle Lebensbereiche umfasst.

Trotz dieser Erfahrungen sind viele Vertreter*innen aus christdemokratischen, sozialdemokratischen und liberalen Parteien davon überzeugt, durch Zugeständnisse an rechte Akteure Wähler*innen zurückzugewinnen. Politiken der Ausschließung verteidigen aber nicht die demokratische Kultur, sondern tragen zu ihrer Auslöschung bei. Die autoritäre Wende vieler sozialdemokratischer Parteien hat nicht dazu geführt ihren Wähler*innenschwund aufzuhalten, wie das schwedische Beispiel eindrücklich vor Augen führt. Trotz einer sehr restriktiven Politik der dortigen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei konnten die extrem rechten Schwedendemokraten bei den Parlamentswahlen vom September 2018 starke Gewinne verzeichnen, während die Sozialdemokraten erhebliche Verluste hinnehmen mussten. Die Politikwissenschaftlerin Wendy Brown hat in ihrem

Buch über den Niedergang der Souveränität beschrieben, dass eine Politik der Abschottung zu einer insgesamt autoritären Transformation beiträgt (vgl. Brown 2018: 73f). Die Demokratie lässt sich also nicht stärken, indem härter gegen Geflüchtete vorgegangen wird; im Gegenteil, das Potential für emanzipatorische politische Projekte wird auf diese Weise nachhaltig untergraben. ■

Autor

Maximilian Pichl hat Rechtswissenschaft und Politikwissenschaft studiert. Er war von 2015 bis 2017 als rechtspolitischer Referent von PRO ASYL e. V. tätig. Heute forscht er an der Universität Kassel im Projekt „Beyond-Summer15“ zur europäischen Migrationskontrollpolitik. Er ist Mitglied im Netzwerk Migrationsrecht und im Vorstand vom Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BUMF e. V.).

Literatur

- Brown, Wendy (2018): Mauern: Die neue Abschottung und der Niedergang der Souveränität, Berlin.
- Jakob, Christian (2018): Das Prinzip Abschreckung, taz vom 30.04.2018, www.taz.de/!5499446/.
- Pichl, Maximilian (2016): Dublin-IV: Europäischer Asylausstieg. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2016, S. 9-12.
- Pieper, Tobias (2013): Die Gegenwart der Lager. Zur Mikrophysik der Herrschaft in der deutschen Flüchtlingspolitik, Münster.

„Wir müssen die offene Gesellschaft verteidigen“

// Kolja Koch

Ein Gespräch über die aktuellen Asyldiskurse, Alltagsrassismus und Möglichkeiten des zivilgesellschaftlichen Widerstands mit Kawa Eibesh (BUNDjugend NRW), Avin Mahmoud (Jugendliche ohne Grenzen) und Birgit Naujoks (Flüchtlingsrat NRW)

Herzlich Willkommen bei IDA-NRW. Könnt ihr euch kurz vorstellen? In welchen Kontexten arbeitet ihr zum Themenbereich Migration und Flucht und wie seid ihr dazu gekommen?

Kawa Eibesh [KaE]: Ich arbeite bei der BUNDjugend NRW für die „Multischulung Flucht“. Wir bilden Multiplikator*innen aus, die Projektstage über die Themen Antirassismus, Migration, Flucht und Umwelt in Schulen und in offenen Workshops durchführen. Unsere Gruppe ist vielfältig: Wir haben Menschen zwischen 16 und

1 Eine ungekürzte Version des Interviews vom 31. August 2018 in Düsseldorf ist auf der Website des IDA-NRW veröffentlicht.

30 Jahren, mit und ohne Fluchtgeschichte. Ich hatte in der Asylgruppe von Amnesty International in Münster mitgearbeitet und eine Einladung zur Multischulung über unseren Verteiler bekommen. Dann habe ich 2017 am zweiten Jahrgang der Multischulung teilgenommen und in diesem Jahr leite ich die Multischulung.

Avin Mahmoud [AvM]: Ich komme aus Syrien und habe selbst Fluchterfahrung. Ich vertrete die Initiative Jugendliche ohne Grenzen (JoG). Das ist eine selbstorganisierte politische Initiative von jungen Geflüchteten. Bei uns arbeiten wir als geflüchtete Menschen für geflüchtete Menschen. Wir stehen selbst für unsere Rechte ein, reden selbst über unsere Probleme und engagieren uns politisch in der Gesellschaft, um uns zu zeigen und um selbst für uns zu kämpfen. Vor drei Jahren bin ich über ein Projekt der Heinrich-Böll-Stiftung zu JoG gekommen. Beim Projekt waren zwei Vertreter*innen von JoG dabei, die mich eingeladen haben, mir ihre Arbeit zu zeigen: Wie sie sich politisch engagieren und wie sie geflüchtete Menschen in dieser Gesellschaft dabei unterstützen, sich selbst zu empowern. Die Idee hat mir von Anfang an gefallen und ich wollte unbedingt dabei sein. Jetzt bin ich seit drei Jahren bei JoG aktiv.

Birgit Naujoks [BiN]: Ich bin Geschäftsführerin des Flüchtlingsrates NRW, Juristin und als ich privat zwei Flüchtlinge kennengelernt habe, bin ich darauf aufmerksam geworden, dass das ein Bereich ist, in dem sehr viele Mängel herrschen, in dem sehr viel Unrecht herrscht. Nachdem ich bereits zuvor in diesem Bereich gearbeitet hatte, ergab sich die Möglichkeit einer Beschäftigung beim Flüchtlingsrat NRW. Wir sind ein gemeinnütziger Verein, unabhängig, überparteilich, und setzen uns für die in NRW lebenden Flüchtlinge ein, d. h. wir sind eine politische Lobbyorganisation. Wir machen Öffentlichkeitsarbeit, Schulungsarbeit, Sensibilisierungsarbeit und sind mit der Landespolitik im Gespräch. Wir versuchen auch die Vernetzung der Initiativen vor Ort zu unterstützen. Daher stehen wir auch schon mit der Multischulung Flucht und JoG NRW in Kontakt.

Die politischen und medialen Diskurse über Geflüchtete haben sich in ganz Europa verschoben. Wie nehmt ihr die aktuelle gesellschaftspolitische Stimmung rund um das Thema Migration und Flucht wahr?

AvM: Das stimmt natürlich. Also aus unserer Sicht als geflüchtete Menschen finden wir es unglaublich! Das, was gerade auf der politischen Ebene passiert, die strengen Gesetze, das hat nichts mit Demokratie oder mit Humanität zu tun. Es sind die Politiker*innen dieser Welt, die dafür verantwortlich sind, dass Menschen aus ihren Herkunftsländern fliehen müssen, dass Menschen gezwungen sind ihre Länder zu verlassen. Das war keine freie Entscheidung, dass ich jetzt die Laune habe irgendwohin zu fliegen, Fluchterfahrung zu haben, oder diesen schrecklichen Weg zu gehen. Die Gründe müssen berücksichtigt werden! Da kann es nicht heißen:

„Ich bin Innenminister in Deutschland und jetzt muss ich diese Sache unbedingt begrenzen. Wir müssen etwas dagegen tun.“ Wenn die Politiker*innen etwas machen wollen, sollten sie zuerst die Fluchtursachen angehen, z. B. die Kriege. Das kann nicht gelöst werden, wenn wir denken, es gehe vor allem darum, zu begrenzen und einzuschränken und dabei die Gründe für die Flucht ignorieren. Die Regierung sagt immer, dass wir in Deutschland eine demokratische Gesellschaft sind, aber ich finde, dass die jetzt beschlossenen Gesetze nichts mit Demokratie zu tun haben. Gar nichts. Das sage ich nicht nur aus der Sicht eines geflüchteten Menschen, sondern aus einer menschlichen Perspektive. Wenn man ein bisschen tiefer darüber nachdenkt, dann erkennt man, dass das nichts mit Humanität und Demokratie zu tun hat.

Allerdings ist die Stimmung in Deutschland diesbezüglich angespannt und Umfragen zufolge finden viele Menschen die restriktiven Entwicklungen der Asylpolitik akzeptabel. Wie nimmst du das wahr?

AvM: Ich glaube die Medien spielen eine sehr große Rolle. Wenn irgendeine schlechte Geschichte passiert, die mit Geflüchteten zu tun hat, wird das sofort veröffentlicht. Die guten Geschichten, das was Geflüchtete bisher geschafft haben, das wird kaum gezeigt. Ich will diese Gesellschaft nicht spalten, aber wenn Straftaten von Geflüchteten verübt werden, dann wird das sofort thematisiert, obwohl es auch Deutsche gibt, die solche Straftaten begehen, aber das würde nicht auf diese Weise veröffentlicht. Ich glaube die Medien haben eine große Rolle dabei gespielt, in der Gesellschaft das Bild zu verbreiten, dass geflüchtete Menschen kriminell und allgemein schlecht sind. Schlechte Eigenschaften werden den geflüchteten Menschen zugeschrieben und wenn ich davon überzeugt bin, muss ich auch dieser Politik zustimmen, weil sie vorgibt, mich zu schützen.

BiN: Ich finde es erschreckend, welchen Einfluss die unsägliche Politik der Bundesregierung, der anderen europäischen Regierungen und auch die Stimmungsmache der Politiker*innen auf die Stimmung in der Gesellschaft haben. Das geht in eine ganz falsche Richtung, es gibt viele Versäumnisse, es werden diffuse Angstgefühle aufgegriffen, um Stimmung gegen Menschen zu machen. Damit wird total falsch umgegangen und das funktioniert im Moment auch mit Unterstützung der Medien. Und ich finde es wirklich fatal, dass da nicht so viel Gegenwehr kommt, für humanitäre Werte einzutreten, wie zum Beispiel 1992/1993, als es um den Asylkompromiss ging. Das liegt daran, dass das alles viel zu schnell geht, weil die Asylpakete nacheinander kommen, aber auch, dass es eine Stimmung gibt, wie man sie jetzt in den vergangenen Tagen in Chemnitz gesehen hat. Ich glaube das ist auch tatsächlich ein Grundproblem, dass rechtsgerichtete Bewegungen immer noch nicht ganz so ernst genommen werden, als Gefahr für unsere Werte und unsere Gesellschaft insgesamt.

KaE: Ich fand es zum Beispiel sehr überraschend, dass die EU-Vertreterin Federica Mogherini im letzten Jahr Donald Trump verurteilt hat, weil er eine Mauer um die USA bauen möchte. Dabei macht die EU das selbst: Sie baut Mauern in Bulgarien, in Kroatien und Ungarn, und lässt Frontex verstärken. Das ist eine widersprüchliche Position, denn die EU beruft sich auf Konsenswerte, allgemeine Werte oder generell die Menschenrechte, aber sie werden nicht beachtet. Wenn ich etwas Persönliches erzählen kann: Als ich nach Deutschland gekommen bin, hatte ich die Vorstellung, dass hier in Europa bzw. in Deutschland die Menschenrechte geschützt werden: Aber als ich mit einem Boot zwischen der Türkei und Griechenland war, hat die griechische Küstenwache, darunter waren auch Frontex-Einheiten, unser Boot kaputt gemacht und uns einfach mitten auf dem Meer zurückgelassen. Das war der erste Schock für mich, als ich dachte: Wow, also so billig sind unsere –, vielleicht sind wir für sie nur Zahlen? Warum tun sie das, statt uns zu retten und zu einem sicheren Hafen zu bringen? Darüber wurde damals kaum berichtet, aber das sehen wir aktuell im Mittelmeer verstärkt: Da werden Seenotrettungsorganisationen kriminalisiert und auch die Menschen, die andere Menschen retten, stehen vor Gericht. Die Lage in Italien, Libyen und in nordafrikanischen Ländern ist sehr schlecht. Die geflüchteten Menschen erleben sehr viel, ihnen fehlen Grundrechte, Grundbedürfnisse, sie leben in sehr prekären Verhältnissen, in Gefängnissen. Das finde ich sehr erschreckend, besonders wenn man darüber nachdenkt, dass hier in Deutschland und in Europa, im zweiten Weltkrieg und auch vorher, Menschen, besonders Minderheiten wie z. B. Juden, verfolgt wurden. Ich finde, dass das Geschichtsbewusstsein verloren geht: Leider hören viele Politiker*innen den rechten Parteien zu und versuchen zu vermeiden, ihre Wähler*innen zu verlieren, indem sie eine ähnliche Politik wie die rechten Parteien machen. Das ist total absurd und führt zur Schließung der Gesellschaft, so dass die Freiheit, die wir hier leben, beschränkt wird.

BiN: Ich sehe auch die Gefahr, dass das von den Parteien der sog. Mitte aufgegriffen wird, so dass Menschen sagen: „Ja gut, wenn das doch eine Partei der Mitte vertritt, dann kann es ja nicht so schlimm sein“. Wir erleben im Moment, dass es ziemlich schwierig ist, die Menschen für das Thema Flucht mitzuziehen. Von der Stimmung her finde ich den Punkt mit der Rettung oder Nicht-Rettung im Mittelmeer interessant. Die Seenotrettung ist ein Thema, das weit weg ist und Deutschland nicht unmittelbar betrifft, aber bei dem viele Menschen verstehen: Es geht da um Leben und Tod, und eigentlich ist es doch unmenschlich, Menschen sterben zu lassen. Da gibt es Aktionen und Initiativen, die gut funktionieren. Aber es ist ganz schwierig für all das, was bei uns los ist, wo Menschen hier leiden und benachteiligt werden, zu sensibilisieren und ein Bewusstsein zu schaffen.

KaE: Ja, und leider sieht man besonders bei einigen jungen Menschen, dass sie überhaupt nicht das politi-

sche Bewusstsein dafür haben, was gerade passiert und das Problem liegt auch in der Sprache. Politiker*innen in hohen Positionen benutzen Wörter wie „Asyltourismus“ oder bezeichnen Seenotrettungsorganisationen als „Schlepperindustrie“. Die Folgen der Verharmlosung von Flucht und der schlimmen Erfahrungen durch das Wort Tourismus sehen wir direkt in den sog. Qualitätsmedien. Wir haben in der „Zeit“ gelesen, wie sie fragten: „Soll man sie retten oder soll man es lassen?“ Und damit meinen sie die Geflüchteten im Meer! Solche Fragen zu stellen, also diese Verharmlosung –, wenn man so eine Sprache nutzt, dann hat man andere Bilder im Kopf, dann sind es vielleicht nur Zahlen und man vergisst, dass sie alle Menschen sind und die gleichen Rechte haben.

BiN: Die Stimmung ist im Moment insgesamt äußerst negativ. Ich finde es ganz wichtig, nicht zu vergessen, dass es nach wie vor auch Viele gibt, die sich für die Rechte von Flüchtlingen und für Flüchtlinge einsetzen und sie unterstützen. Das ehrenamtliche Engagement hat natürlich nachgelassen, aber es ist trotzdem auf einem Level, wie wir es vorher jahrelang nicht hatten.

Das wäre auch meine nächste Frage gewesen: Es gab 2015 das Phänomen der deutschen „Willkommenskultur“: Was ist davon noch übrig? Welche positiven Beispiele seht ihr in der Zivilgesellschaft?

BiN: Die akute Notlagensituation, die auch als solche wahrgenommen wurde, ist tatsächlich vorbei. Deswegen hat das Engagement auch nachgelassen, aber es haben sich auch viele Initiativen etabliert. Egal ob sie feste Strukturen angenommen haben, Vereine geworden sind, oder so geblieben sind. Ich sehe das Problem, dass die meisten Initiativen nicht aus einem politischen Kontext kommen, sondern aus einer „Ich möchte helfen“-Position. Und da hängt man dazwischen: Unterstützt man das System – oder ist man Sand im Getriebe? Und der Gedanke „Sand im Getriebe“ ist bei vielen noch nicht so ausgeprägt. Da versuchen wir auch zu sensibilisieren und die Menschen zu politisieren, sich auch lokal für Veränderungen einzusetzen, die den Flüchtlingen insgesamt zugutekommen. Nichtsdestotrotz will ich diese Form von Ehrenamt nicht abwerten, sondern ich sehe es auf jeden Fall positiv, dass es teilweise so beständig ist und dass viele Leute noch engagiert sind.

AvM: Natürlich gibt es unterschiedliche Erfahrungen und es ist nicht alles negativ. Wie gesagt wurde, gibt es einen Teil dieser Gesellschaft – Vereine, Initiativen oder Ehrenamtler*innen – der hinter uns steht und geflüchtete Menschen unterstützt. Diese Menschen haben trotz der Politik ihre Meinung beibehalten und unterstützen die Initiativen, die gegründet wurden.

KaE: Bevor ich zum zivilgesellschaftlichen Engagement komme: Ich hab etwas sehr Interessantes über den Umgang mit Fluchthelfer*innen im Kontext der DDR-Grenze gelesen. Da sieht man das Paradoxon:

Damals wurden die Menschen dafür ausgezeichnet und ihre Arbeit wurde sozusagen verehrt. Heutzutage werden sie kriminalisiert. Aber ich will nicht alles negativ zeichnen. Ich kritisiere die Außenpolitik von Deutschland und der EU. Aber ich persönlich hätte hier in Deutschland vielleicht heute mein Ziel, ein Studium aufzunehmen, nicht erreicht, wenn mich hier nicht einige Menschen unterstützt hätten. Ich habe sehr positive Erfahrungen gemacht, Menschen kennengelernt und von ihnen auch das Gefühl von Zugehörigkeit bekommen. Wenn man sich gemeinsam mit anderen Menschen engagiert, in Vereinen oder Verbänden, ein gemeinsames Ziel hat, dann funktioniert Partizipation. Das ist etwas sehr wichtiges und schönes, das ich persönlich in Deutschland erfahren habe und jeden Tag sehe: Sehr viele, auch junge Menschen, engagieren sich und stehen für die Rechte von geflüchteten Menschen. Aber eben auch geflüchtete Menschen selbst, wie JoG: Dass ihr Selbstorganisationen da seid, den geflüchteten Menschen eine Stimme gebt und Teil habt in der Gesellschaft, ist schön und sollte weiter gefördert werden.

Avin, die Initiative JoG ist seit über zehn Jahren bundesweit aktiv. Was sind eure Prinzipien, eure Strategien und eure Aktionsformen?

AvM: Unser Hauptziel ist, auf der politischen Ebene das zu ändern, was geflüchtete Menschen betrifft. Wir versuchen Einfluss zu nehmen auf das, was momentan auf der politischen Ebene passiert, auf die strengen Gesetze. Wir führen Aktionen durch, um zu zeigen, dass wir wirklich Rechte haben wollen. Unsere Strategie für die nächsten Jahre wird auch sein, uns weiter selbst zu stärken, um unsere Stimme noch hörbarer zu machen, um Aufmerksamkeit zu erzeugen, um berücksichtigt zu werden und um als Menschen gesehen zu werden, nicht als Zahl, wie Kawa gesagt hat. Besonders auch das, was im Mittelmeer passiert – es sind Menschen! Es wird immer gesagt, wie viele Geflüchtete gekommen sind, es wird gezählt und nicht daran gedacht, dass hinter jeder Zahl ein Mensch steht, ein Mensch mit einer sehr schwierigen Fluchtgeschichte. Daran wird nicht gedacht und der Fokus liegt in der Politik darauf, etwas gegen Geflüchtete zu machen: Viele politische Entscheidungen, die sich für uns negativ auswirken, werden von Politiker*innen positiv gesehen. Wir haben eine gegensätzliche Meinung dazu: Unser Ziel ist es, mehr Möglichkeiten zu haben, um wirklich partizipieren zu können, um uns zu empowern, um unsere Stärke zu zeigen. Damit an uns nicht nur als Geflüchtete gedacht wird, sondern daran, dass wir unsere eigene Stärke haben, dass wir z. B. auch gebildet sind, dass wir auch erfolgreich sind. Um das auch auf der politischen Ebene zu zeigen, führen wir viele bundesweite Aktionen durch. In den kommenden Monaten werden wir wieder parallel zur Bundesinnenministerkonferenz eine eigene Konferenz organisieren. Wir müssen stark dagegen arbeiten, was gerade mit den „Ankerzentren“ geplant ist, und versuchen, das zu vermeiden oder abzuschwächen. Das ist

so wichtig für uns, denn es betrifft unsere Zukunft und unser Leben. Und wir kämpfen dagegen, dass unsere Leben zerstört oder eingeschränkt werden.

Wenn du zurückblickst auf die letzten paar Jahre, was sind Erfolge und was bestärkt die Arbeit von JoG?

AvM: In den letzten vier, fünf Jahren kamen und kommen viele geflüchtete Menschen nach Deutschland und dadurch hat JoG sehr viel konkrete Arbeit. Die Politik verändert sich und daher arbeitet JoG dafür, die neu gekommenen geflüchteten Menschen zu schützen und sie für ihre Rechte zu sensibilisieren. Im Vergleich zu den vorherigen Jahren sind wir stärker geworden. Wir hoffen natürlich immer noch stärker zu werden.

Und was sind hier in Nordrhein Westfalen eure drängendsten Themen oder Probleme?

AvM: Besonders in NRW spielen die Ausländerbehörden, auch wenn sie nicht über Gesetze entscheiden, eine große Rolle, weil geflüchtete Menschen dort rassistisch behandelt werden. Das zeigt sich ganz drastisch: Beispielsweise wurden in meiner Stadt Essen viele geflüchtete Menschen in der Ausländerbehörde von Beam*innen schlecht behandelt. Ich weiß nicht, welche Vorstellung dahintersteht, warum sie so arbeiten und Menschen so behandeln. Vielleicht, weil es für sie „nur“ geflüchtete Menschen sind, weil sie rassistische Vorstellungen haben, oder sie behandeln Menschen von oben herab, weil sie meinen, aus ihrer wichtigen Position das Recht zu haben, Mitmenschen so schlecht zu behandeln. Wir haben zusammen mit *Pro Asyl Essen* und *Essen gegen Abschiebung* eine Demonstration gegen die Ausländerbehörde durchgeführt, und momentan organisieren wir eine Demo gegen das geplante „Ankerzentrum“ in Essen, damit das nicht umgesetzt wird.

Birgit, der Flüchtlingsrat NRW veröffentlicht auch immer wieder kritische Stellungnahmen, unter anderem zu den Vorhaben der Landespolitik. Was sind denn gerade die großen Herausforderungen des Flüchtlingsrats? Wofür bzw. wogegen setzt ihr euch auf der Landesebene gerade ein?

BiN: Die beiden großen Themen sind die verlängerte Dauer des Aufenthaltes in Landesaufnahmeeinrichtungen und die Verstärkung des sog. „integrierten Rückkehrmanagements“, mit allen Maßnahmen, die damit zusammenhängen. Das folgt alles dem Ziel, die Flüchtlingszahlen zu minimieren. Für die Menschen, die anerkannt werden, soll was getan werden, die Anderen sollen abgeschoben werden, die möchte man möglichst loswerden. Das sind Maßnahmen, die gehen am Menschlichen vorbei, aber die gehen auch an der Realität vorbei. Der lange Aufenthalt macht die Menschen kaputt. Auch wenn die Menschen anerkannt werden, wird Teilhabe und Integration später viel schwieriger. Und die, die abgelehnt werden, die sollen da ja gar nicht mehr rauskommen. In

den letzten Jahren sind wir als Gesprächspartner für die Landesregierung, für die Landespolitik sicher wichtiger geworden. Im Moment ist es ein großes Thema, tatsächlich gehört zu werden, nicht nur als Alibi eingeladen zu werden, tatsächlich auch etwas bewirken zu können. Es geht im Moment um ganz grundsätzliche Werte und da muss man an verschiedenen Punkten ansetzen. Und dazu gehört u. a. die verlängerte Dauer der – in NRW heißen sie ja noch nicht – „Ankerzentren“. Aber es ist im Wesentlichen das Gleiche und deswegen ein ganz großes Thema, weil es eine Wurzel allen Übels ist.

Du hast gerade auch das „Gehörtwerden“ angesprochen: Ihr sprecht ja oft für eine Interessensgruppe, inwiefern ist das für euch Thema? Wie geht ihr mit der Problematik des Fürsprechens um?

BiN: Wir verstehen uns als eine Art Dachverband für Initiativen, für Flüchtlingsinitiativen, egal ob „einheimische deutsche Initiativen“ oder Selbstorganisationen. Es ist leider so, dass Flüchtlinge zu wenig in Initiativen und Organisationen vertreten sind, sowohl insgesamt als auch bei uns. Wir haben verschiedene Ansätze: Wir unterstützen JoG NRW und andere Gruppen. Wir haben mit Selbstorganisationen einiges zusammen gemacht, z. B. eine Demonstration in Düsseldorf und ein paar Aktionen mit dem Afghanischen Aufschrei. Das sind eher punktuelle Kooperationen, weil Ehrenamt in Selbstorganisationen auch manchmal einfach anders strukturiert ist. Das kommt sicherlich teilweise zu kurz. Wir haben grundsätzlich mit dem Fürsprechen kein Problem: Aus den Initiativen vor Ort, die direkt mit den Menschen zu tun haben, werden uns Problemlagen berichtet und wir arbeiten sie dann auf und vertreten sie entsprechend. Wir haben einen Flüchtling bei uns im Vorstand, aber Flüchtlinge sind bei uns unterrepräsentiert, ganz klar! Da wäre es auch sehr wünschenswert, wenn das verstärkt werden würde, wobei das teilweise eine Zugangsfrage ist und teilweise auch eine Kapazitätsfrage.

Kawa, du bist in der politischen Bildungsarbeit zum Thema Migration und Flucht aktiv. Was versucht ihr in euren Workshops und Seminaren zu vermitteln und mit welchen Zielgruppen arbeitet ihr?

KaE: Bevor ich die Frage beantworte, möchte ich zur Partizipation von geflüchteten Menschen im Flüchtlingsrat gerne noch etwas ansprechen: Ich würde schon sagen, dass das bei bestimmten Aufgaben vielleicht schwierig ist, wenn juristische Vorkenntnisse notwendig sind. Aber in anderen Bereichen, bei anderen Aufgaben, finde ich es wichtig, stärker zu fördern, dass mehr geflüchtete Menschen im Flüchtlingsrat mitmachen und mitarbeiten. Und zu unserer Schulung: Wir sprechen vor allem Themen wie Flucht, Migration, und Umwelt an. Unser Hauptthema ist Rassismus bzw. Antirassismus, darauf basiert alles. Unsere Zielgruppe sind vor allem junge Menschen, denn wir sind im BUND-Jugendverband. Wir gehen in Schulen und versuchen vor allem, ein politisches Geschichtsbewusstsein zu schaffen, indem wir über die aktuelle Lage von ge-

flüchteten Menschen sprechen, hier in Deutschland, und auch über die Außenpolitik und über Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Flucht. Die Multiplikator*innen werden dafür ausgebildet, dass sie offene Workshops geben und in Schulen Projekttage durchführen.

Sprecht ihr Menschen mit Fluchtgeschichte in den Workshops anders an? Welche Erfolge erlebst du dabei?

KaE: Wir sprechen generell alle Menschen an. Unser Ziel ist, dass sowohl geflüchtete Menschen als auch nicht-geflüchtete Menschen diese komplexen Themen verstehen. Wir versuchen die Politik und die Zusammenhänge so zu erklären, dass Menschen ein politisches Bewusstsein entwickeln. Und wir hoffen, dass geflüchtete Menschen – wenn sie noch mehr verstehen, was strukturell passiert – die Motivation bekommen, sich selbst einzubringen, mitzumachen, mitzugestalten. Aber wir sprechen immer auch nicht-geflüchtete Menschen an. Zu den Erfolgen: Viele Menschen berichten, dass sie die rassistischen Strukturen und institutionalisierten Rassismus in Deutschland mehr wahrnehmen. Ihnen wird z. B. bewusst, dass hinter dem Begriff Integration manchmal rassistische Denkweisen stecken und dass er nicht immer im Sinne von Teilhabe in der Gesellschaft interpretiert wird. Für uns ist es schön zu sehen, wie Menschen für einige Themen mehr sensibilisiert werden.

Du hast das Stichwort „Rassismus“ genannt. Die Anfeindungen gegen Mesut Özil und der von Ali Can ins Leben gerufene Hashtag #metwo haben eine Debatte über Alltagsrassismus in Deutschland ausgelöst. Avin und Kawa, wie nehmt ihr diese Diskussionen und die Reaktionen in der deutschen Öffentlichkeit wahr?

KaE: Ich finde es wichtig, dass wir über dieses Thema sprechen. Das Bild mit Erdogan kann man kritisieren, aber es geht dabei um seine Identität und seine Person. Die Kritik und die persönlichen Angriffe richten sich gegen seine Herkunft: Er wird als nicht-deutsch wahrgenommen. Den Hashtag #metwo finde ich sehr wichtig, weil dort viele Menschen zu Wort kommen und über ihre Erfahrungen sprechen. Es ist gut, dass durch die Debatte in der Öffentlichkeit stärker wahrgenommen wird, dass wir tatsächlich ein Rassismusproblem haben. Viele assoziieren mit dem Wort Rassismus nur die Zeit des Nationalsozialismus, aber Rassismus ist viel mehr und kann auch unbewusst im Alltag passieren. Ich habe bei Aladin El-Mafaalani gelesen, dass es mehr Konflikte gibt, weil sich die Teilhabechancen erhöhen und mehr migrierende Menschen bzw. Menschen mit Migrationshintergrund zu Wort kommen. Deshalb fordern Menschen auch stärker ihre Rechte ein, wollen völlig zugehörig werden.

AvM: Ich denke, die Medien spielen beim Fall Özil wieder eine große Rolle: Vorher, als er der „gute“ Fußballer war, war er ein Deutscher. Und nach diesem Vorfall wurde dann betont, dass er Türke ist. Das, was nicht „gut“ ist, was der Gesellschaft und den Medien nicht gefällt, wird

auf die Migrant*innen geschoben. Ich finde hier auch den Begriff „Spaltung der Gesellschaft“ passend. Diese Spaltung hat sich gezeigt, und es muss darüber ganz deutlich gesprochen werden: Wir leben zusammen in einer Gesellschaft, und das kann nicht heißen, dass wir als Migrant*innen oder Geflüchtete gesehen werden, wenn wir etwas Schlechtes machen. Wir müssen auch über Teilhabe sprechen. Man muss die Möglichkeit bekommen, sich als Person als Teil dieser Gesellschaft zu fühlen. Und es zeigt sich in solchen Fällen, wenn Menschen rassistisch behandelt werden, eine Hierarchie, in der der eine Teil den anderen definiert. Ich glaube, es muss mehr darüber geredet werden, um die Gesellschaft dafür zu sensibilisieren, wie sich Rassismus bei uns zeigt und wie diese Gesellschaft zusammengehalten werden kann.

BiN: Dass Alltagsrassismus in erheblichem Maß vorhanden ist, ist ja ganz klar, und Studien zeigen das ja auch immer wieder ganz deutlich. Wenn es einen Prominenten trifft, ist das Thema mal mehr im Fokus, dann wird es ein bisschen sichtbar, kommt aber auch wieder zu kurz. Es wird ja direkt wieder verdrängt durch andere Themen und durch Abgrenzung: Geht es um die Kritik wegen des Bildes mit Erdogan oder geht es um den Rassismus gegen Özil? Letzteres kriegen vor allem die schon sensibilisierten Menschen mit. Ich glaube, viele, die die Schlagzeile gelesen haben, denken sich „Oh, Rassismusdebatte...“ und sind dann aus dem Thema raus.

Ich habe da auch viel öffentliche Abwehr wahrgenommen. Wie reagieren Menschen in eurem Umfeld darauf?

BiN: Ich denke da gibt es immer noch diesen Gedanken: „Ich bin auf jeden Fall nicht rassistisch!“, bevor die Frage gestellt wird, was Rassismus überhaupt bedeutet. Damit muss man sich ja auseinandersetzen, bevor man zulassen kann, zu sagen: „Ja, vielleicht habe auch ich rassistische Denkweisen“.

KaE: Also wer behauptet, es gäbe keinen Rassismus – das stimmt nicht. Denn Rassismus haben wir unbewusst alle, weil wir in Gesellschaften leben, in denen strukturiert Rassismus vermittelt wird. Man müsste offen darüber sprechen, wie man mit diesem Problem umgehen kann, statt zu sagen: „Nein, nein, wir haben gar kein Problem“. Das ist leider nicht wahr. Das gibt es überall und es ist auch in vielen Studien belegt, dass Menschen aufgrund ihres Namens oder ihres Herkunftslandes oder Aussehens deutlich benachteiligt werden gegenüber Menschen, die hier als, wie sagt man, „Bio-Deutsche“ [lacht] gelten.

In Chemnitz gab es kürzlich rassistisch motivierte Ausschreitungen und Übergriffe. Auch in NRW kommt es immer wieder zu rassistischen Vorfällen. Wie erlebt ihr das Erstarken der „Neuen Rechten“?

KaE: Generell finde ich, dass diese „Rechtsextremistenvereine“ leider immer lauter werden und immer we-

niger Grenzen für sich sehen. Sie sagen in der Öffentlichkeit eindeutig rassistische Sprüche und das gibt vor allem mir als Person das Gefühl, diskriminiert zu werden. Menschen stellen unsere Existenz in Frage oder mobilisieren gegen sehr diverse Gruppen, wie „Muslime“, „Geflüchtete“, oder „die Ausländer“. Sie behaupten, dass sie alle gefährlich wären oder „uns“ etwas wegnehmen wollten. Es ist sehr schwer und sehr traurig das zu sehen. Es ist vor allem auch schade und ich frage mich, woher das kommt: Warum diese Menschen an diese Ideologie glauben und auf die Straße gehen und solche Demonstrationen machen, Menschen auf der Straße verfolgen. Das macht mich nachdenklich.

AvM: Für mich stellt sich die Frage, wieso sich die rassistischen Tendenzen momentan so deutlich zeigen. Es ist nicht neu, dass Geflüchtete und Migrant*innen nach Deutschland kommen. Warum hat sich die Situation jetzt so entwickelt? Die AfD z. B. hat die Vorstellung oder das Gefühl, dass wir ihr Land kaputt machen würden. Ich weiß nicht, wie sie auf diese Ideen kommen und warum wir nicht zusammen dieses Land entwickeln können. Wir sind aus bestimmten Gründen hierhergekommen, wir waren gezwungen, das zu machen! Ich verstehe nicht, woher diese Vorstellung, dieses negative Bild von uns kommt, dass sie unbedingt etwas dagegen machen müssen.

KaE: Ja, und mir gibt das vor allem aber auch Motivation, um meine Arbeit, die politische Bildungsarbeit, weiter zu machen und mehr Aufklärung zu betreiben, ein politisches Bewusstsein zu schaffen bei Menschen. Ich denke diese Vorurteile kann man dann abbauen, wenn man darüber spricht, woher sie kommen und warum man sie hat. Es macht mich schon traurig, aber das heißt nicht, dass es mich so beeinträchtigt, dass ich meine Arbeit nicht weitermache. Es gibt mir vielleicht mehr Motivation! [lacht]

AvM: Das kann auch sein, ja! [lacht]

BiN: Es ist natürlich eine ganz fatale Entwicklung, dass sich die AfD in Landesparlamenten und im Bundesparlament festgesetzt hat. Ich sehe darin eine konkrete Gefahr. Allerdings beeinträchtigt das noch nicht so konkret unsere Arbeit, solange sie in der Opposition sind und auch als solche wahrgenommen werden. Sie sind noch nicht bündnisfähig, aber ich sehe die Gefahr, dass die anderen Parteien mit ihrer Politik sehr nach rechts gehen, um sich von rechts abzugrenzen. Und das macht unsere Arbeit natürlich super schwierig, weil sich die Situation immer mehr verschärft, also insofern hat es eine indirekte Wirkung. Es ist immer eine schwierige Abgrenzung, mit wem ich noch rede und mit wem nicht: Wo ziehe ich da eine Grenze? Aber ich fürchte, dass der Graben im Moment größer wird und da muss auch eine Lösung gefunden werden, sonst erstarkt die Rechte noch mehr und das wäre natürlich...

KaE: Ja, das ist der Punkt. Also ich meinte, dass wir mit Menschen sprechen, die Vorurteile haben, weil sie noch unsicher sind, weil sie Angst bekommen durch das, was in den Medien repräsentiert wird. Ich weiß nicht, wie die Entwicklung der nächsten 10 bis 15 Jahre sein wird, wenn wir es jetzt nicht schaffen, ein Bewusstsein dafür zu entwickeln, dass es nicht richtig ist, so eine menschenverachtende Politik zu betreiben und Menschen aufgrund ihres Herkunftslandes oder ihrer Biografie auszugrenzen, abzugrenzen und von der Gesellschaft auszuschließen. Wir sollten –, wir müssen die offene Gesellschaft und die Demokratie verteidigen.

Vorhin ist schon einmal das Stichwort Empowerment gefallen. Kawa und Avin, was bedeutet für euch Empowerment mit Blick auf die Asyldiskurse und auf die rassistischen Tendenzen? Wo findet ihr selbst Räume, die euch Kraft und Mut geben?

KaE: Für uns ist wichtig, dass Menschen, die neu nach Deutschland kommen, ihre Rechte verstehen und sich als aktiver Teil in der Gesellschaft sehen. Dass sie sich nicht selbst von der Gesellschaft abgrenzen, weil sie Rassismus und Abgrenzung erfahren, sondern aktiv sind und ihre Ziele verfolgen. Und ich glaube, das ist möglich. Es braucht die Motivation und das Bewusstsein dafür, dass man hier auch etwas erreichen kann. Der offene Rassismus, den ich erfahren habe und erfahre, kommt von einer eher kleinen Gruppe in der Gesellschaft. Also die Rechtsextremen, die auf der Straße laut „Ausländer raus“ schreien oder Pegida-Demonstrant*innen, die in Dresden „Absaufen!“ rufen und damit die geflüchteten Menschen im Meer meinen: Wenn man das anschaut, ist es sehr schrecklich und ärgerlich. Aber es gibt hier auch sehr viele Menschen, die offen sind. Die Gesellschaft allgemein ist eher offen. Wenn man hier lebt und auch die Möglichkeit hat, mitzugestalten, mitzumachen, in Organisationen tätig zu sein, zu arbeiten oder zu studieren, dann ist das für mich schon an sich eine Form des Empowerments. Die, die so schreien, können schreien, aber das soll mein Leben nicht einschränken. Ich weiß was ich tue und ich kann das weiter machen: Hier ein gutes Leben aufbauen und das gibt mir die Motivation, mich weiter für eine offene Gesellschaft einzusetzen und gegen Rassismus aktiv zu sein.

AvM: Aus meiner Sicht muss Empowerment immer gefördert werden! Natürlich muss ich selbst die Motivation haben, mich zu entwickeln, mich für meine Rechte einzusetzen und nach Möglichkeiten zu suchen, ein aktiver Teil der Gesellschaft zu sein. Aber man braucht Vorbilder und muss sehen, wie andere aktiv sind, die zeigen, was sie geschafft haben, was sie schaffen wollen, wie sie sich entwickelt haben. Bei mir war es so, dass ich diese rassistische Erfahrung gemacht habe und etwas tun wollte. Manche sehen oder erleben diese rassistische Erfahrung und haben keine Motivation oder Energie, etwas dagegen zu machen. Vieles muss man lernen: Also auch politisch oder in einer Gesell-

schaft aktiv zu werden. Viele haben die Motivation, aber sie haben auch Angst und wir müssen ihnen Mut geben, diesen ersten Schritt zu machen. In ihren Herkunftsländern heißt es sehr viel, eine Demonstration zu organisieren oder dabei zu sein. Sie haben oft Angst, ihren Aufenthalt zu verlieren, keine Verlängerung zu bekommen, abgeschoben zu werden. Und diese Menschen müssen sensibilisiert und gestärkt werden, um ihnen diese Ängste zu nehmen. Daran denke ich beim Empowerment-Begriff: dass Menschen verstehen, dass sie hier wirklich das Recht haben, an einer Demo teilzunehmen.

Was sind eure Zukunftsperspektiven, besonders bezogen auf eure Arbeit? Was wollt ihr in den nächsten Jahren erreichen? Träumen ist erlaubt...

KaE: Ich persönlich werde mit meiner Arbeit weitermachen und ich werde auch noch mehr Möglichkeiten suchen, bei Veranstaltungen, Projekten, o. ä. mitzumachen, um ein größeres Publikum zu erreichen. Ich weiß noch nicht wie, aber in jedem Fall werde ich versuchen, noch mehr Menschen zu erreichen und ich werde weiter daran arbeiten, ein politisches und ein Geschichtsbewusstsein zu verankern. Also... weitermachen! [lacht]

AvM: Ich werde natürlich auch weitermachen [lacht]. Ich versuche auch weiterhin andere zu unterstützen, die noch nicht den Mut haben, sich zu engagieren, ich möchte sie ermutigen. Natürlich habe ich auch einen Wunsch: Ich würde gern ein Projekt mit geflüchteten Menschen durchführen, zur Frage: Wie kann man sich politisch engagieren, ohne Angst zu haben? Wie eigene Ideen und Vorstellungen entwickeln? Ich kenne so viele Menschen, die wirklich etwas machen wollen und bei jedem Schritt Angst haben. Wie können wir sie nach vorne bringen, damit sie nicht mehr von dieser Angst verfolgt werden? Das muss ihnen weggenommen werden. Das ist mein Wunsch.

BiN: Wir sind momentan von unserem Ziel der Selbstauflösung, weil wir überflüssig sind [lacht], ein ganzes Stück entfernt. Insofern gibt es da noch viel zu erreichen. Unsere Aufgabe in nächster Zeit wird es eher sein, den Status Quo zu halten, was unsere Rolle und unsere Position betrifft. Ich sehe viele fatale Entwicklungen in Politik und Gesellschaft. Da werden wir versuchen das Positive zu stabilisieren. Wir haben also im Moment nicht so große Ziele, wie z. B.: „Nächstes Jahr alle Ankerzentren weg“. Das wäre toll, ist aber im Moment nicht möglich. Wir hatten in den letzten Jahren durch stetige Arbeit immer wieder kleine Verbesserungen. Jetzt habe ich das Gefühl, dass wir wieder ins Handeln kommen müssen, statt nur zu reagieren. Das ist eine umfassende Aufgabe, die nicht einfach sein wird. Aber solange noch motivierte Menschen in vielen Organisationen und Institutionen da sind, haben wir auch eine gute Basis in der Gesellschaft, um das Thema voranzubringen.

Vielen Dank, dass ihr eure Perspektiven mit uns geteilt habt!

Oder soll man es lassen..? Impulse für die rassismuskritische Bildungsarbeit im Kontext von Migration und Flucht

// Kolja Koch

Wie Maximilian Pichl im Eingangsartikel dieser Überblick-Ausgabe ausführt, sind auf bundesdeutscher wie auf europäischer Ebene seit dem „Sommer der Migration“ 2015 massive Einschränkungen des Asylrechts festzustellen. Pichl stellt diese Entwicklungen in den Kontext eines europaweiten Rechtsrucks, der auch in Deutschland durch eine massive Zuspitzung der gesellschaftspolitischen Diskurse über Geflüchtete begleitet wird: So wurde im Juli diesen Jahres in der als liberal geltenden Wochenzeitung „Die Zeit“ ergebnisoffen zur Diskussion gestellt, ob die Seenotrettung von geflüchteten Menschen im Mittelmeer durch Menschenrechtsaktivist*innen zu rechtfertigen sei. Angesichts des vermeidbaren [sic!] täglichen Sterbens von Flüchtenden im Mittelmeer und intensivierter europäischer Abschottungsmaßnahmen offenbart sich in der Frage, ob „man es lassen“ solle, ein kaum erträglicher Zynismus gegenüber den Menschenleben nicht-europäischer Geflüchteter, der die gewaltigen Diskursverschiebungen beim Themenkomplex Migration und Flucht anzeigt. Der Zynismus spiegelt sich auch in den von Pichl skizzierten Verschärfungen der europäischen wie deutschen Asylpolitik wider und schlägt auf deutschen Straßen zunehmend in offene rassistische Menschenverachtung um, wenn beispielsweise auf Kundgebungen „Absaufen, Absaufen!“ skandiert wird, Anschläge auf Unterkünfte von Geflüchteten verübt werden oder – wie jüngst in Chemnitz – Hetzjagden auf Geflüchtete, Migrant*innen und People of Color gemacht werden. Die 2015 kurzzeitig unter dem Stichwort „Willkommenskultur“ weltweit beachtete hohe Aufnahmebereitschaft und Unterstützung für geflüchtete Menschen durch Teile der deutschen Gesellschaft ist gesellschaftspolitisch endgültig in der Defensive.

Für eine rassismuskritisch orientierte Bildungsarbeit, die nicht gewillt ist, es zu „lassen“, stellt sich die Frage, was zu tun ist, um einer weiteren Normalisierung des Zynismus und der Zunahme des Rassismus im Sprechen über Geflüchtete wirkmächtig entgegenzutreten, wie also in Bildungskontexten angesichts der gesellschaftspolitischen Dynamiken „Rassismuskritik hörbarer gemacht werden kann“ (Messerschmidt 2016: 8). Ausgehend von einem Blick auf die Diskursverschiebungen wird im Folgenden erörtert, welche aktuellen Notwendigkeiten und Möglichkeiten sich für eine rassismuskritische Bildungsarbeit im Hinblick auf den Themenkomplex Migration und Flucht ergeben.

Diskursverschiebungen im Kontext Migration und Flucht

Das Sprechen über geflüchtete Menschen in der deutschen Mehrheitsgesellschaft hat sich seit dem „Sommer der Migration“ nicht nur durch die zunehmende Problematisierung der vergleichsweise hohen Geflüchtetenzahlen in den Jahren 2015 und 2016, sondern auch durch eine Vielzahl diskursiver Ereignisse nachhaltig verändert (vgl. Kreft/Uske 2016, Jäger/Wamper 2017). Insbesondere die Ereignisse der Kölner Silvesternacht 2015/16 haben die gesellschaftspolitischen Debatten über geflüchtete Menschen nachhaltig geprägt. Infolge der Berichterstattung über Köln und weitere Einzelfälle sexualisierter Gewalt durch geflüchtete Menschen haben kulturalisierende Zuschreibungen gegenüber (jungen) geflüchteten Männern erheblich an Wirkmächtigkeit gewonnen (vgl. Mertol/Schachtsiek 2016, Tunç 2016). Sexismus und sexualisierte Gewalt wird als „Andere“ markierten geflüchteten und rassifizierten Menschen durch kulturalisierende Argumentationsmuster zugeschrieben und so der (kolonial-)rassistische Mythos des übergriffigen Fremden (re-)aktiviert. Des Weiteren werden geflüchtete Menschen in Deutschland u. a. infolge der islamistischen Terroranschläge in Europa – im deutschen Kontext v. a. der Anschlag auf dem Breitscheidplatz im Dezember 2016 – in Verbindung mit zunehmenden antimuslimischen Diskursen als Sicherheitsproblem thematisiert. Auch die spätestens seit einem bekannt gewordenen antisemitischen Vorfall in Berlin im April diesen Jahres öffentlich vielfach heraufbeschworene Gefahr eines „importierten“ Antisemitismus verstärkte die häufig defizitorientierten Diskurse über geflüchtete Menschen in Deutschland. Den verschiedenen Diskursfiguren ist gemein, dass die jeweiligen Diskriminierungs- und Gewaltformen auf die Gruppe der geflüchteten Menschen bzw. auf Migrant*innen der Mehrheitsgesellschaft in dieser Hinsicht häufig bewusst oder unbewusst selbst zu entlasten versuchen. Die aktuellen Diskurse über Geflüchtete in Medien und Politik sind im Allgemeinen häufig von selektiven bzw. verzerrenden Darstellungen geprägt: So wurde beispielsweise im Zuge des sogenannten „BAMF-Skandals“ die vorschnell behauptete Zahl von falschen Positivbescheiden durch die Bremer BAMF-Stelle als massenhafter „Asylbetrug“ skandalisiert¹, während die chronisch hohe Fehlerquote bei negativen Bescheiden des BAMF kaum mediale und politische Resonanz erfährt.² Ein weiteres Beispiel ist die tendenziöse Berichterstattung zu den Protesten geflüchteter Menschen gegen eine Abschiebung in einem Lager in Ellwangen sowie

1 Vgl. „Der eigentliche BAMF-Skandal - erst der Rufmord, dann die Recherche?“: <https://community.beck.de/2018/06/14/der-eigentliche-bamf-skandal-erst-der-rufmord-dann-die-recherche>

2 Vgl. „Qualitätsskandal beim BAMF: Fehlentscheidungen am Fließband, keinerlei Kontrolle“: <https://www.proasyl.de/news/qualitaetsskandal-beim-bundesamt/>

zur öffentlichen Kriminalisierung und Repression durch politische und polizeiliche Entscheidungsträger*innen.³ Das in den vergangenen drei Jahren vielerorts zunehmende populistische Sprechen über geflüchtete Menschen, das besonders laut von politischen Vertreter*innen der AfD und der CSU („Anti-Abschiebe-Industrie“, „Asyltourismus“) geäußert wird, aber aus den Reihen aller Bundestagsparteien zumindest vereinzelt zu vernehmen ist, trägt zu einer weiteren Zuspitzung der Diskurse bei und bereitet so auch den ideologischen Boden für weitere zukünftige asylrechtliche Restriktionen. Für geflüchtete Menschen in Deutschland haben die skizzierten medialen und politischen Diskursverschiebungen unmittelbare Konsequenzen: Im Sprechen über sie werden Geflüchtete regelmäßig als Belastung bzw. Problem für die Gesellschaft dargestellt und sind vielfachen kulturalisierenden Zuschreibungen ausgesetzt. Außerdem werden sie mit einseitigen und häufig unrealistischen Integrations- bzw. Assimilierungserwartungen sowie mit einer steigenden Ablehnung und rassistischen Anfeindungen bis hin zu Gewalt aus Teilen der deutschen Mehrheitsgesellschaft konfrontiert, während ihr Alltag in vielen Fällen bereits von schwierigen Wohn- und Lebensbedingungen, unsicheren Bleibeperspektiven, Sorgen um Familienangehörige und die Angst vor Ablehnungsbescheid und Abschiebung geprägt ist⁴.

Rassismuskritische Bildungsarbeit im Kontext Migration und Flucht

Aus rassismuskritischer Perspektive sind die Verschiebungen im Fluchtdiskurs und die (re-)aktivierten Diskursfiguren im Sprechen über Geflüchtete leider wenig überraschend, denn sie schließen an die lange Kontinuität rassistischer Zuschreibungen, Stereotype und Ausgrenzungsmuster in der deutschen Gesellschaft an. Ansätze der Rassismuskritik definieren Rassismus als gesellschaftsstrukturierendes Ungleichheits- und Machtverhältnis, das im deutschen Kontext historisch und ideologisch v. a. auf die Geschichte des Kolonialismus und den Nationalsozialismus zurückzuführen ist. Die den Kolonialismus legitimierende Ideologie, nach der *weiße Menschen* gegenüber *Schwarzen Menschen* bzw. *People of Color* höherwertig bzw. überlegen seien, ist in Deutschland bis heute mindestens latent wirkmächtig. Sie drückt sich in „natio-ethno-kulturell“ begründeten „Wir-Die“-Vorstellungen aus, in denen das „Wir“ als unmarkierte Norm gesetzt erscheint und die „Anderen“ kontinuierlich „anders“ bzw. „fremd“ gemacht werden (vgl. Mecheril 2004). Dabei dominieren

in Zeiten eines „Rassismus ohne Rassen“ (Balibar 1990: 28) kulturalisierende Argumentationsweisen, durch die die vermeintliche Differenz der „Anderen“ mit Bezug auf die Zuschreibungen „Kultur“ oder „Herkunft“ überbetont wird. Für die postnationalsozialistische deutsche Gesellschaft, in der die Existenz von gesellschaftlichem Rassismus und Antisemitismus nach 1945 lange weitestgehend ausgeblendet bzw. an den „rechten Rand“ verschoben wurde, ist Rassismuskritik unbequem, denn sie konfrontiert diese mit den ihr innewohnenden strukturellen Ungleichheits- bzw. Machtverhältnissen und auf der individuellen Ebene mit sozialisationsbedingten internalisierten Rassismen und Ungleichheitsvorstellungen.

Die gesellschaftspolitischen Abwehrreaktionen in der Debatte um die Rassismusvorwürfe Mesut Özils und um die #metwo Kampagne, wie auch die Schlussstrich-Tendenzen im Kontext der (Nicht-)Aufarbeitung des NSU-Komplexes und im Besonderen die an pogromhafte Übergriffe in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen Anfang der 1990er Jahre erinnernden Vorgänge in Chemnitz zeigen auf, dass rassistisch aufgeladene Diskurse über Geflüchtete kaum vom gesamtgesellschaftlichen Rassismus gegenüber Migrant*innen, Muslim*innen und People of Color zu trennen sind: Die wirkmächtige Konstruktion des natio-ethno-kulturellen „Wir“ wird von Teilen der Gesellschaft – teilweise aggressiv und gewaltvoll – gegenüber den vermeintlich „Anderen“ verteidigt, wobei häufig kaum zwischen geflüchteten Menschen, Migrant*innen oder in Deutschland geborenen Muslim*innen und People of Color differenziert wird. Rassismuskritische Bildungsarbeit im Kontext von Migration und Flucht sollte, unabhängig von der spezifischen Zielgruppe, auf aktuelle gesellschaftliche Dynamiken und Diskursentwicklungen reagieren. Sie kann dabei die Grundlagen der Rassismuskritik, die als gesellschaftskritische, (selbst-)reflexive und konstruktive Herangehensweise immer auch praktische Handlungsmöglichkeiten in den Blick nimmt, zum Ausgangspunkt nehmen: „Rassismuskritik als eine Haltung und als eine Praxis sucht nach Veränderungsperspektiven, nach Möglichkeiten, Formen der auf Rassekonstruktionen beruhenden Konstruktion von Wirklichkeit [...] zu erkennen und ihnen Alternativen entgegenzustellen“ (Mecheril 2018).

Rassistische Bilder, Diskursfiguren und Zuschreibungen dekonstruieren

Essentieller Bestandteil rassismuskritischer Bildungsarbeit im Kontext Migration und Flucht ist die Dekonstruktion vorherrschender rassistischer Bilder, Diskursfiguren und Zuschreibungen gegenüber geflüchteten Menschen und analog dazu die Identifizierung und Problematisierung natio-ethno-kultureller „Wir“-Konstruktionen und deterministischer Kulturverständnisse. Zur Sichtbarmachung und Dekonstruktion der Bilder und Diskursfiguren eignen sich beispielsweise Bildermethoden und Medienanalysen: Allerdings besteht in

3 Vgl. „Berichterstattung zu Ellwangen. Deutsches Diskursversagen“: <https://www.taz.de/Berichterstattung-zu-Ellwangen!/5503810/> und „Stellungnahme zu den Ereignissen in der Erstaufnahmeeinrichtung in Ellwangen“: www.nds-fluer.at.org/30954/pressemitteilungen/stellungnahme-zu-den-ereignissen-in-der-erstaufnahmeeinrichtung-in-ellwangen/

4 Vgl. „Wie gelingt Integration? Asylsuchende über ihre Lebenslagen und Teilhabeperspektiven in Deutschland“ www.svr-migration.de/publikationen/wie_gelinkt_integration/

diesem Zusammenhang das Spannungsverhältnis, dass rassistische Bilder reproduziert werden, um sie dekonstruieren zu können. Das Bild- und Medienmaterial sollte deshalb mit Blick auf die Teilnehmenden sehr sensibel ausgewählt – und das Problem der Reproduktion im Seminarkontext thematisiert werden. Wichtig ist auch ein differenzierender und reflektierender Umgang mit intersektionalen Verschränkungen von Rassismus mit anderen Ungleichheits- und Machtverhältnissen: Es geht bspw. nicht darum, die Existenz (hetero-)sexistischer, antisemitischer oder anderer diskriminierender Einstellungen und Handlungen von einzelnen geflüchteten Menschen zu relativieren. Vielmehr müssen insbesondere Angehörige der Mehrheitsgesellschaft darüber aufgeklärt werden, dass den pauschalen Zuschreibungen auf geflüchtete Menschen, Muslim*innen oder Menschen gleicher Herkunftsländer problematische Konstruktionen homogener Gruppen zu Grunde liegen. In diesem Kontext ist auch eine kritische Thematisierung der weißen, deutschen, christlichen „Wir“-Konstruktion erforderlich, um die entlastende Funktion der Fremdzuschreibungen und Projektionen für die Mehrheitsgesellschaft benennen zu können. Wesentlich ist in diesem Zusammenhang zudem eine grundlegende Wissensvermittlung über (kolonial-)rassistische Geschichte, Kontinuitäten sowie über Funktionsweisen von individuellem, strukturellem und institutionellem Rassismus. Rassismuskritische Bildungsarbeit im Kontext von Migration und Flucht muss Rassismus als gesamtgesellschaftliche Hintergrundfolie thematisieren und sollte den Blick nicht auf Diskurse über Geflüchtete verengen.

Kritisches Hintergrundwissen zum Thema Migration und Flucht vermitteln

Im Kontext Migration und Flucht ist spezifisches Hintergrundwissen über historische Hintergründe von Fluchtbewegungen, über Fluchtursachen und über das deutsche Asylsystem zu vermitteln. Das Thema sollte auch in den Kontext globaler und lokaler struktureller Ungleichheitsverhältnisse eingebettet werden: „Bildung ist im Kontext von Rassismuskritik immer auch als politische Bildung zu begreifen; denn insbesondere die Berücksichtigung struktureller Ungleichheiten, wie sie z. B. durch Gesetzgebungen entstehen, oder eine kritische Aufklärung über Ursachen und Zusammenhänge von Migrations- und Fluchtbewegungen oder eine kritische Sicht auf die Entwicklungsgeschichten und die Bedeutungen von Nationalstaaten spielen eine zentrale Rolle“ (Scharathow 2009, 17). Angesichts der Verschiebungen und Zuspitzungen in den aktuellen Diskursen und vor dem Hintergrund der beschlossenen bzw. sich abzeichnenden weiteren Verschärfungen des Asylrechts ist rassismuskritische Bildungsarbeit aufgefordert, die Folgen für in Deutschland lebende geflüchtete Menschen ins Bewusstsein zu rufen. Beispielsweise sollte die Frage gestellt werden, wie sich die Ausweitung der Liste sogenannter „Sicherer Herkunftsstaaten“ oder die „Renaissance der Lager“ (siehe Pichl, S. 3) auf die Le-

benswirklichkeiten betroffener geflüchteter Menschen auswirken und inwieweit dadurch teilweise grundlegende menschenrechtliche Prinzipien⁵ oder Kinderrechte verletzt werden⁶. Auch die Normalisierung des Sterbens von Flüchtenden im Mittelmeer müsste diesem Anspruch nach in der Bildungsarbeit sichtbar gemacht bzw. kritisch thematisiert werden.

Betroffenenperspektiven anerkennen: Mit statt über geflüchtete Menschen sprechen

In Kontexten der rassismuskritischen Bildungsarbeit sollten die Heterogenität und die unterschiedlichen Positionierungen innerhalb der jeweiligen Zielgruppe immer berücksichtigt werden. Dies gilt in besonderer Weise auch für den Themenkomplex Migration und Flucht: In diesem Zusammenhang ist eine grundlegende Sensibilität für Betroffenenperspektiven erforderlich. Eine wesentliche Problematik ergibt sich dadurch, dass in den vorherrschenden Diskursen häufig über Geflüchtete statt mit Geflüchteten gesprochen wird. Dies ist – insbesondere bei Bildungsangeboten, an denen auch geflüchtete Menschen teilnehmen – möglichst zu vermeiden. Der Problematik ist zu begegnen, indem die Perspektiven von geflüchteten Menschen in den Mittelpunkt von Bildungskonzepten gestellt werden. Bei der Auswahl von Bildungsmaterialien ist deshalb darauf zu achten, dass geflüchtete Menschen als handelnde Akteur*innen mit ihren Perspektiven sichtbar werden. Es ist erforderlich den Betroffenen der Fluchtdiskurse und der asylrechtlichen Restriktionen zuzuhören und den Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft die kritische Bedeutung des Zuhörens zu vermitteln. Durch einen solchen Perspektivwechsel wird der in den Diskursen über Geflüchtete vorherrschende defizitäre Blick auf die Aufnahmegesellschaft gerichtet. Vertreter*innen von Initiativen und Selbstorganisationen geflüchteter Menschen (z. B. The Voice Refugee Forum und Jugendliche ohne Grenzen) fordern außerdem immer wieder, dass Angehörige der Mehrheitsgesellschaft auf Augenhöhe mit ihnen zusammenarbeiten. Selbstorganisierte Initiativen oder Einzelpersonen mit Fluchterfahrung sollten für die Bildungsarbeit im Kontext Migration und Flucht in der Konzeptionierung wie in der Durchführung – möglichst gleichberechtigt – miteinbezogen werden.⁷

5 Vgl.: Pressemitteilung des Flüchtlingsrat NRW „Menschenrechte auch für Flüchtlinge“ www.fnrnw.de/in-eigener-sache/presseerklarungen/artikel/fr/pm-menschenrechte-auch-fuer-fluechtlinge.html

6 Vgl.: „Ankerzentren stoppen: Gemeinsame Stellungnahme von 24 Verbänden und Organisationen“: www.der-paritaetische.de/presse/ankerzentren-stoppen-gemeinsame-stellungnahme-von-24-verbaenden-und-organisationen/

7 Die zur Verfügung stehenden (Bildungs-)Räume und Ressourcen lassen sich nach dem Prinzip des Powersharing (vgl. Rosenstreich 2018) auch teilen bzw. abgeben. Strukturelle Ungleichheiten sollten in diesem Zusammenhang kritisch reflektiert werden. Als besonders gelungene Beispiele für die Einbeziehung von geflüchteten Menschen in die Bildungsarbeit kann z. B. auf die von global e. V. organisierte Qualifizie-

Reflexions- und Empowerment-Räume ermöglichen

Für Angehörige der Mehrheits- bzw. Dominanzgesellschaft ergibt sich in der Bildungsarbeit durch die Konfrontation mit Rassismus als gesellschaftlichem Machtverhältnis in der Regel auch die Notwendigkeit von Räumen, in denen auch die eigene Positionierung und damit verbundene Selbstverständnisse, Bilder und Erwartungen sowie Abwehrreaktionen (selbst-)kritisch alleine und/oder im Austausch reflektiert werden können bzw. sollten. Diese Reflexionsprozesse können z. B. mithilfe von biographischen Impulsfragen initiiert werden und sollten kritisch aber wertschätzend begleitet werden. Insbesondere für Fachkräfte und Ehrenamtliche, die mit geflüchteten Menschen arbeiten, ergeben sich spezifische Reflexionsthemen: Es braucht eine kritische Auseinandersetzung über die Eingebundenheit in strukturelle Ausgrenzungsstrukturen, über die (häufig unsichtbare) eigene Machtposition, und über paternalistische Denk- und Handlungsmuster in der Zusammenarbeit mit geflüchteten Menschen (vgl. Glocal e. V. 2016, Foitzik/Linnemann/Ouattara 2016). Analog dazu ist es in diesen Bildungskontexten mindestens ebenso wichtig, den von rassistischen (Flucht-)Diskursen betroffenen Menschen bei Bedarf Räume für einen geschützten Austausch über Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen und Räume des Empowerments anzubieten (vgl. Benbrahim 2017). Für diese Räume sollten entsprechend positionierte und erfahrene Empowerment-Trainer*innen einbezogen werden. Auch für die Zusammensetzung von Teams in der Bildungsarbeit ergibt sich daraus der Anspruch, unterschiedliche Positionierungen in Bezug auf Rassismus, und auch auf andere Ungleichheitsverhältnisse, zu berücksichtigen und zu reflektieren.

Solidarität fördern - gegen Rassismus und Ausgrenzung positionieren

„Für politische Bildungsarbeit in der Migrationsgesellschaft in herrschaftskritischer Perspektive wäre es notwendig, die getrennten Baustellen Gesellschaftskritik und pädagogische Praxis zusammenzuführen“ (Kalpaka 2009: 37). Die Möglichkeiten rassistuskritischer Bildungsarbeit sind mit Blick auf die zugrunde liegenden strukturellen Ungleichheits- und Machtverhältnisse sowie auf die Wirkmächtigkeit der politisch-medialen Diskurse über Geflüchtete und die rasante Geschwindigkeit der asylrechtlichen Verschärfungen realistisch gesehen begrenzt: Die Diskursverschiebungen und die fortschreitende Aushöhlung des europäischen und deutschen Asylrechts lassen sich durch Bildungsarbeit nicht unmittelbar aufhalten. Menschen, die „Absaufen“ skandieren und sich an rassistischen Hetzjagden beteiligen,

sind darüber hinaus für diesen Ansatz der Bildungsarbeit kaum erreichbar. Es nicht „zu lassen“ bedeutet im Angesicht weiterer bevorstehender Asylrechtsverschärfungen und rassistischer Hetzkampagnen gegen geflüchtete Menschen und „Andere“, sowohl innerhalb als auch außerhalb von Seminarräumen gegenüber diesen Entwicklungen Position zu beziehen und Solidarität mit Betroffenen zum Ausdruck zu bringen. Die bundesweiten „Seebrücke“-Aktionen⁸ in vielen deutschen Städten gegen das Sterbenlassen im Mittelmeer oder die von einem breiten Bündnis getragene antirassistische „We'll come United“-Parade⁹ in Hamburg sind nur zwei niedrigschwellige Gelegenheiten, um sich in diesen Zeiten auch zivilgesellschaftlich zu positionieren. ■

Autor

Kolja Koch hat Psychologie und Friedens- und Konfliktforschung studiert. Er arbeitet seit 2017 für das IDA-NRW als Projektleiter des projekt.kollektiv und ist als Trainer für politische Bildungsarbeit u. a. im Netzwerk für Demokratie und Courage aktiv.

projekt.kollektiv

IDA-NRW

Informations- und Dokumentationszentrum
für Antirassismusbildung in Nordrhein-Westfalen



Das aus Mitteln des MKFFI geförderte Projekt hat zum Ziel, die pädagogische und ehrenamtliche Arbeit für und mit jungen geflüchteten Menschen aus rassistuskritischer Perspektive zu begleiten und zu stärken. Das Projekt bietet pädagogischen Fachkräften, ehrenamtlichen (Willkommens-)Initiativen und Vereinen sowie interessierten jungen Menschen mit Fluchterfahrung in NRW Möglichkeiten der Fortbildung, Beratung und Vernetzung.

Im Rahmen des Projekts erschien u. a. der IDA-NRW Reader „kontext.flucht – Perspektiven für eine rassistuskritische Jugendarbeit mit jungen geflüchteten Menschen“. Der Reader versammelt themenrelevante Hintergrundtexte sowie ausführliche Nachbetrachtungen der im Rahmen des Projekts organisierten Veranstaltungen und dient als Reflexions- und Praxishilfe, um pädagogischen wie ehrenamtlichen Multiplikator*innen einen rassistuskritischen Zugang zur Jugendarbeit und der Arbeit mit jungen geflüchteten Menschen zu erleichtern. Weitere Informationen und aktuelle Hinweise zum Projekt finden sich unter www.ida-nrw.de/wir-ueber-uns/projekte/.

rungsreihe für Geflüchtete und Menschen mit Fluchterfahrung zur Trainer*in für politische Bildungsarbeit und die „Mehrschulung Flucht“ der BUND-Jugend NRW verwiesen werden.

⁸ Vgl. <https://seebruecke.org/>

⁹ Vgl. www.welcome-united.org/de/well-come-united/

- Balibar, Etienne (1990): Gibt es einen „Neo-Rassismus“?. In: Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel (Hrsg.) Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg: Argument Verlag, S. 23-38
- Benbrahim, Karima (2017): Empowerment-Räume als Orte der Sichtbarmachung von Rassismus und Diskriminierungserfahrungen im Kontext von Flucht und Asyl. In: Koch, Kolja (Hg.): kontext.flucht. Perspektiven für eine rassismuskritische Jugendarbeit mit jungen geflüchteten Menschen. Düsseldorf: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen, S. 23-26
- Foitzik, Andreas/Linnemann, Tobias/Ouattara, Adama (2016): Auf Augenhöhe mit Geflüchteten?! Ein Reflexionsangebot für die Soziale Arbeit. In: Überblick. Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen, Nr. 2/2016, S. 3-8
- Glokal e. V. (2016): Willkommen Ohne Paternalismus. Hilfe und Solidarität in der Unterstützungsarbeit
- Jäger, Margarete/Wamper, Regina (Hg.) (2017): Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung. Der Fluchtdiskurs in deutschen Medien 2015 und 2016. Hg. v. Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung
- Kalpaka, Annita (2009): Institutionelle Diskriminierung im Blick - Von der Notwendigkeit Ausblendungen und Verstrickungen in rassismuskritischer Bildungsarbeit zu thematisieren. In: Scharathow, Wiebke/Leiprecht, Rudolph (Hg.) (2011): Rassismuskritik. Band 2: Rassismuskritische Bildungsarbeit. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 25-40
- Kreft, Ursula/Uske, Hans (2016): Grenzen ziehen ohne Obergrenze – Die Normalisierung der „Flüchtlingskrise“. In: DISS-Journal 31 (2016), S. 2-6
- Mecheril, Paul (2004): Einführung in die Migrationspädagogik. Weinheim: Beltz
- Mecheril, Paul (2018): Solidarität als Anspruch rassismuskritischer politischer Bildungsarbeit. In: Überblick. Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen, Nr. 2/2018, S. 3-7
- Mertol, Birol/Schachtsiek, Kerstin (2016): Eine Nacht und ihre Folgen: Alte Konstrukte – neue Unübersichtlichkeiten. In: Überblick. Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung in NRW, Nr. 1/2016, S. 11-15
- Messerschmidt, Astrid (2016): Nach Köln – Sprechen über Sexismus und Rassismus. In: Überblick. Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen, Nr. 1/2016, Seite 7-10
- Pichl, Maximilian (2018): Die aktuellen Verschärfungen des Asylrechts: Die Konsequenzen für Geflüchtete. In: Überblick. Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen, Nr. 3/2018, S. 3-5
- Rosenstreich, Gabi (2018): Empowerment und Powersharing – eine Einführung. In: Überblick. Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen, Nr. 2/2018, S. 7-10
- Scharathow, Wiebke (2009): Zwischen Verstrickung und Handlungsfähigkeit – Zur Komplexität rassismuskritischer Bildungsarbeit. In: Scharathow, Wiebke/Leiprecht, Rudolph (Hg.) (2011): Rassismuskritik. Band 2: Rassismuskritische Bildungsarbeit. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 12-24
- Tunç, Michael (2016): Männlichkeiten und (Flucht-)Migrationserfahrungen. Kritik und Emanzipation. In: Überblick. Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen, Nr. 1/2016, S. 15-19

LITERATUR UND MATERIALIEN

... zum Thema Rechtsextremismus

- Amadeu Antonio Stiftung, Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus (Hg.): Le_erstellen im NSU-Komplex. Geschlecht - Rassismus - Antisemitismus, Berlin 2018
- Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e. V. (apabiz) (Hg.): Burschenschaften und Studentenverbindungen. Struktur, Inhalte, Geschichte und Hintergründe. Eine Handreichung des apabiz. Dossier (monitor), 3. aktualisierte Aufl., Berlin 2017
- Copsey, Nigel/Worley, Matthew (Hg.): 'Tomorrow belongs to us'. The British Far Right since 1967 (Routledge Studies in Fascism and the Far Right), London/New York: Routledge, 2018
- Fekete, Liz: Europe's Fault Lines. Racism and the Rise of the Right, London/New York: Verso, 2018
- Förster, Andreas/Moser, Thomas/Selvakumaran, Thumilan (Hg.): Ende der Aufklärung. Die offene Wunde NSU. Tübingen: Klöpfer & Meyer, 2018
- Jesse, Eckhard/Mannewitz, Tom (Hg.): Handbuch für Wissenschaft und Praxis, Baden-Baden: Nomos, 2018
- lerngut (Hg.): Ich bin kein Nazi, oder? (Unterrichtsfilm + Arbeitsmaterialien auf DVD), Göttingen: lerngut@-Bildungsmedien, 2018
- Mouk, Yascha: Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht, München: Droemer, 2018
- Nerding, Winfried in Zusammenarbeit mit Grdanjski, Mirjana/Vollhardt, Ulla-Britta (NS-Dokumentationszentrum München) (Hg.): Nie wieder. Schon wieder. Immer noch. Rechtsextremismus in Deutschland seit 1945 (Publikation zur Ausstellung im NS-Dokumentationszentrum München 29.11.2017-02.04.2018 in Kooperation mit der Fachstelle für Demokratie der Landeshauptstadt München und der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V.), Berlin: Metropol, 2017
- Schreiber, Franziska: Inside AfD. Der Bericht einer Aussteigerin, München: Europa Verlag, 4. Aufl., 2018

... zu den Themen Rassismus, Antisemitismus, Rassismuskritik

- Amadeu Antonio Stiftung, Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremis (Hg.): Ene, mene, muh - und raus bist du! Ungleichwertigkeit und frühkindliche Pädagogik, Berlin 2018
- Amadeu Antonio Stiftung, Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) (Hg.): Hassliebe: Muslimfeindlichkeit, Islamismus und die Spirale gesellschaftlicher Polarisierung. Forschungsbericht, Jena/London/Berlin 2018
- Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e. V. (apabiz)/Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (mbr) (Hg.): Berliner Zustände 2017. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus im Jahr 2017, Berlin 2018
- Antirassistische Initiative e. V., Dokumentationsstelle (Hg.): Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen (1993-2017). Dokumentation 2014-2017, Heft III, 25. aktualisierte Aufl., Berlin 2018
- Baier, Walter/Müller, Bernhard/Himmelstoss, Eva (Hg.): Integration - Desintegration - Nationalismus. transform! Jahrbuch 2018, Hamburg: VSA, 2018
- Benz, Wolfgang/Mihok, Brigitte (Hg.): „Juden unerwünscht“. Anfeindungen und Ausschreitungen nach dem Holocaust, Berlin: Metropol, 2016
- Czollek, Max: Desintegriert euch! München: Carl Hanser, 2018
- Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) (Hg.): Tangram - Bulletin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus. Themenheft: Sport und Rassismus, Nr. 41, Juni 2018, Bern 2018
- Foroutan, Naika/Karakayali, Juliane/Spielhaus, Riem (Hg.): Postmigrantische Perspektiven. Ordnungssysteme, Repräsentationen, Kritik, Frankfurt a. M./New York: Campus, 2018
- Frindte, Wolfgang/Dietrich, Nico (Hg.): Muslime, Flüchtlinge und Pegida. Sozialpsychologische und kommunikationswissenschaftliche Studien in Zeiten globaler Bedrohungen, Wiesbaden: Springer VS, 2017
- Fröhlich, Werner/Ganser, Christian/Köhler, Eva: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Bayern. Forschungsbericht des Instituts für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München, München 2016
- Keskinkılıç, Ozan Zakariya/Langer, Ármin (Hg.): Fremdgemacht & Reorientiert - jüdisch-muslimische Verflechtungen, Berlin: Verlag Yılmaz-Günay, 2018
- Krennerich, Michael/Debus, Tessa/Holzleithner, Elisabeth/Kreide, Regina/Pollmann, Arnd (Hg.): Zeitschrift für Menschenrechte/Journal for Human Rights. Thema: Proteste und Menschenrechte, 12. Jg., Nr. 1/2018, Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2018
- Kuckuk, Henning E.: Patti Smiths kosmopolitische Stimme. Performances - Netzwerke - Autobiografie (American Culture Studies, Bd. 23, Bielefeld: transcript, 2018
- lerngut (Hg.): 15 Jahre später ... und immer wieder Nürnberg (Lehrfilm + Arbeitsmaterialien im ROM-Teil, DVD), Göttingen: lerngut®-Bildungsmedien, 2010
- Mai, Hanna/Merl, Thorsten/Mohseni, Maryam (Hg.): Pädagogik in Differenz- und Ungleichheitsverhältnissen. Aktuelle erziehungswissenschaftliche Perspektiven zur pädagogischen Praxis (Interkulturelle Studien), Wiesbaden: Springer VS, 2018
- Peck, Raoul: I'am not your Negro, Ein Film von Raoul Peck (DVD, herausgegeben von der Edition Salzgeber), Göttingen: lerngut®-Bildungsmedien, 2016
- Schüler-Springorum, Stefanie für das Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin (Hg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 26, Berlin: Metropol, 2017
- Shalicar, Arye Sharuz: Der neu-deutsche Antisemit. Gehören Juden heute zu Deutschland? Eine persönliche Analyse, Leipzig: Hentrich & Hentrich, 2018
- Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus (Hg.): Dokumentation der Internationalen Wochen gegen Rassismus 12.-25.März 2018, Darmstadt 2018
- Wernsing, Susanne/Geulen, Christian/ Vogel, Klaus für das Deutsche Hygiene-Museum (Hg.): Rassismus. Die Erfindung von Menschenrassen (Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung im Deutschen Hygiene-Museum Dresden (18.5.2018 bis 7.1.2019), Göttingen: Wallstein, 2018

... zu den Themen Jugendarbeit und Jugendhilfe

- Bayerischer Jugendring (Hg.): Jugend und Demokratiebildung. Praxiswissen für jugendpolitische Veranstaltungen zum Thema Wahlen. Arbeitshilfe, München 2018
- BLACK DOG Jugend und Medienbildung e. V. (Hg.): Woher kommt der Hass in mir? Jugendliche Migranten und Gewalt. Ein Projekt des Kreisjugendrings Esslingen e. V. (KJR) mit Unterstützung der Polizeidirektion Esslingen (Dokumentation, DVD), Göttingen: lerngut®-Bildungsmedien, 2008 R
- lerngut (Hg.): Starke Mädchen oder von der Leichtigkeit des Seins. Ein Film von Gülseren Suzan und Jochen Menzel (Unterrichtsfilm, DVD), Göttingen: lerngut®-Bildungsmedien, 2017 R

... zu den Themen NS und Vergangenheitspolitiken

Brüning, Christina Isabel: Holocaust Education in der heterogenen Gesellschaft. Eine Studie zum Einsatz videographierter Zeugnisse von Überlebenden der nationalsozialistischen Genozide im Unterricht (Wochenschau Wissenschaft), Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2018

lerngut (Hg.): Liebste Kitty - Dialoge zwischen Anne Frank und ihrer Außenwelt (Unterrichtsfilm + Arbeitsmaterialien im ROM-Teil, DVD), Göttingen: lerngut@-Bildungsmedien, 2017

... zu den Themen Migration und Migrationsgesellschaft

Braun, Katherine/Georgi, Fabian/Matthies, Robert/Pagano, Simona/Rodatz, Mathias/Schwertl, Maria (Hg.): movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies, Themenheft: Wissensproduktionen der Migration, Vol. 4, Issue 1/2018, Bielefeld: transcript, 2018

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (Hg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Themenheft: Religionspolitik, 68. Jg., 28-29/2018, 9. Juli 2018, Bonn 2018

Echter Verlag (Hg.): Lebendige Seelsorge. Zeitschrift für praktisch-theologisches Handeln, Themenheft: Migration, Ausgabe 2/2018, Würzburg: Echter, 2018

El-Mafaalani, Aladin: Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt, Köln: Kiepenheuer & Witsch, 2018

Heinemann, Alisha M. B. /Stoffels, Michaela/Wachter, Steffen (Hg.): Erwachsenenbildung für die Migrationsgesellschaft. Institutionelle Öffnung als diskriminierungskritische Organisationsentwicklung (Perspektive Praxis), Bielefeld: wbv, 2018

Hüttermann, Jörg: Figurationsprozesse der Einwanderungsgesellschaft. Zum Wandel der Beziehungen zwischen Alteingesessenen und Migranten in deutschen Städten (Urban Studies), Bielefeld: transcript, 2018

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS) (Hg.): Migration und Soziale Arbeit. Themenheft: Kommunen, 40. Jg., Heft 3/2018, Weinheim: Beltz Juventa, 2018

Limberg, Axel: Das rettende Ufer. Schwule Flüchtlinge berichten, Hamburg: Himmelstürmer Verlag, 2017

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur interkulturellen Woche (Hg.): Wir sind Hoffnung. Wir sind Zuflucht. Wir sind Vielfalt. Vielfalt verbindet. Interkulturelle Woche 2018, Frankfurt a. M. 2018

Reimers, Sophie Luise: Migration, Bildung und Familie. Ethnografische Annäherung an den Alltag dreier Generationen zwischen türkischem Dorf und Neuköllner Kiez (Kultur und soziale Praxis), Bielefeld: transcript, 2018

Rohloff, Sigurður A./Martínez Calero, Mercedes/Lange, Dirk (Hg.): Soziale Arbeit und Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft (Bürgerbewusstsein), Wiesbaden: Springer VS, 2018

Siefert, Jutta (Hg.): Asylbewerberleistungsgesetz. Beck'sche Kompakt-Kommentare, München: C. H. Beck, 2018 R

von Grönheim, Hannah: Solidarität bei geschlossenen Türen. Das Subjekt der Flucht zwischen diskursiven Konstruktionen und Gegenentwürfen (Interkulturelle Studien), Wiesbaden: Springer VS, 2018

... zum Thema Migrationspädagogik

Bayerischer Jugendring (Hg.): Potential Vielfalt. Eine Arbeitshilfe zur Interkulturellen Öffnung der Jugendarbeit in Bayern, München 2018

Informationsverbund Asyl und Migration e. V./Minor - Projektkontor für Bildung und Forschung gGmbH (Hg.): „Digital Streetwork“ in der Asyl- und Migrationsberatung. Wie Geflüchtete soziale Medien nutzen und was daraus für Beratungsstellen folgt (Beilage zum Asylmagazin 7-8/2018), Berlin 2018

Kollektivdesign (Hg.): Piketobuch. Für Menschen, welche nicht die deutsche Sprache sprechen und deren Unterstützer_innen, 3. Aufl. Oktober 2016, Dresden 2016

Lange, Valerie: Risikogruppe Migranten? Über den Zusammenhang zwischen schulischen Anerkennungsstrukturen und sozialer Ungleichheit in Kanada und Deutschland (Kultur - Bildung - Gesellschaft, Bd. 1), Stuttgart: ibidem, 2007

lerngut (Hg.): Angekommen? Geflüchtete Frauen in Deutschland (Unterrichtsfilm + Arbeitsmaterialien im ROM-Teil, DVD), Göttingen: lerngut@-Bildungsmedien, 2017

lerngut (Hg.): Call Shop Tales - Die Flüchtlinge und wir (Unterrichtsfilm + Arbeitsmaterialien im ROM-Teil, DVD), Göttingen: lerngut@-Bildungsmedien, 2015

Yildirim, Lale: Der Diasporakomplex. Geschichtsbewusstsein und Identität bei Jugendlichen mit türkeibelegtem Migrationshintergrund der dritten Generation (Histoire, Bd. 141), Bielefeld: transcript, 2018

Thoma, Nadia: Sprachbiographien in der Migrationsgesellschaft. Eine rekonstruktive Studie zu Bildungsverläufen von Germanistikstudent*innen (Kultur und soziale Praxis), Bielefeld: transcript, 2018

INFOS

Stellungnahme der LAG Jungenarbeit „Flucht-Trauma-Männlichkeiten“

September 2018

„Geflüchtete Jungen und junge Männer befinden sich in herausfordernden Lebenssituationen. Oft haben sich ihre bereits bestehenden Problemlagen durch traumatisierende Fluchterfahrungen noch verstärkt und ihre Fähigkeiten zur Selbstregulation sind nur eingeschränkt abrufbar. In dieser Situation treffen sie auf Helfer*innen und Hilfesysteme, die sich in der Frage eines angemessenen Umgangs mit der Zielgruppe vielfach verunsichert zeigen. Fachkräfte und Träger sind in dem Bemühen um gute fachliche Arbeit auf der Suche nach verlässlichen Standards und besorgt Fehler zu machen oder Traumata noch zu verstärken. Zudem steckt die traumapädagogische Aufklärung und die Vernetzung mit therapeutischen Beratungsangeboten in NRW noch in den Anfängen.

Mitte 2018 ist die Fluchtthematik noch immer mit Brisanz versehen. Medienaufarbeitungen setzen die handelnden Akteur*innen und auch die Jungen immer wieder neu unter Druck. Gleichzeitig fehlen der verlässliche Rahmen der Gesetzgebung und eine deutliche politische Positionierung. Widersprüchliche Diskurse tragen ihren Teil zur Orientierungslosigkeit des Themas bei. Nicht zuletzt machen die vermeintlichen Auffälligkeiten von geflüchteten jungen Männern über die pädagogischen Räume hinaus deutlich, dass gesellschaftliche Problemlagen bestehen, auf welche es Antworten zu finden gilt.

In der pädagogischen Begleitung von Jugendlichen mit Fluchterfahrung muss ein zentrales Ziel sein, Traumatisierungen nicht fortzusetzen und Retraumatisierungen vorzubeugen. Hierzu stellt sich für Fachkräfte zuerst die Frage, ob sie es überhaupt mit Trauma-Dynamiken zu tun haben und wie im Folgenden angemessen darauf zu reagieren ist. Auch die Berücksichtigung der Variable Geschlecht, hier Männlichkeit*, ist entscheidend, um einerseits Verhaltensmuster richtig zu verstehen und andererseits adäquate pädagogische Handlungen zu entwickeln. Hierfür braucht es zudem verlässliche Standards, um gelingende pädagogische Beziehungen gestalten zu können, und eine sichere Verortung des Themas im Jugendhilfesystem.“

Die vollständige Pressemitteilung findet sich unter https://lagjungenarbeit.de/files/lag_files/veroeffentlichungen/stellungnahmen/LAG_Stellungnahme_09-2018.pdf

Offener Brief des IFMGZ Holla e. V. zur TERRE DES FEMMES-Kampagne „Den Kopf frei haben“

19. September 2018

„Wir beziehen uns im Folgenden auf die Kampagne „den Kopf frei haben“ der deutschen Organisation Terre des Femmes (TDF). Ziel der Kampagne ist es, das Kopftuch für muslimische Mädchen* unter 18 Jahren in Deutschland zu verbieten. Hier ist zu beachten, dass TDF, der zum größten Teil weiße und christlich sozialisierte Frauen* angehören, in der Kampagne keineswegs den grundsätzlichen Schutz von Mädchen*/ Jugendlichen vor Einschränkungen durch religiöse Dogmen fordert, sondern sich nur auf das Kopftuch bei Musliminnen* beschränkt!

In diesem Brief geht es nicht um das Vertreten einer Pro-Kopftuch-Position, schon gar nicht bei Kindern. Es geht überhaupt nicht um eine inhaltliche Stellungnahme, sondern: Wir fordern Diskussionen auf Augenhöhe, respektvolle Begegnungen, und dass FeministInnen* sich nicht gegenseitig entmachten, sondern einander den Rücken stärken.

Für uns bedeutet Feminismus solidarisch zu sein und miteinander anstatt übereinander sprechen. Dazu gehört das gegenseitige Zugestehen der Definitionsmacht und das Anerkennen von Ressourcen.

Diesen Ansatz können wir in der aktuellen Kampagne von TDF nicht finden. Wir unterstellen trotzdem durchaus, dass einige UnterzeichnerInnen* tatsächlich glauben, sie könnten durch diese Aktion zu einer Befreiung von Mädchen* und Frauen* beitragen. Deshalb erklären wir kurz, warum es sich aus unserer Sicht nicht um eine inhaltliche Debatte handeln kann, sondern um einen gefährlichen Ausdruck von Macht, sowie die Entmündigung derjenigen, die in Zeiten zunehmender Bedrohung durch Rechtsextremismus dringend Unterstützung brauchen. [...]

Die TDF-Kampagne kann aus unserer Sicht nichts Positives bewirken, weil die relevanten Personen ausgeschlossen bleiben und bevormundet werden. Der Weg der Entmündigung hat noch nie und wird niemals zu Freiheit führen!

Hiermit distanzieren wir uns explizit von der TDF-Kampagne. Wir fordern Menschen aus Politik und Medien auf, dies ebenfalls zu tun und muslimische Feministinnen* zu stärken und auf eine Stabilisierung ihrer Positionen hinzuwirken. Wir brauchen kein Gegeneinander, sondern ein Miteinander. Nur so kann und wird sich die Situation in Deutschland befrieden und Inklusion gelingen.“

Der vollständige Offene Brief findet sich unter <http://holla-ev.de/offener-brief-des-ifmgz-holla-e-v-zur-terre-des-femmes-kampagne-den-kopf-frei-haben/>

TERMINE

Training „Hate speech begegnen - aktiv (werden) gegen Hass im Netz“

Termin: 2. bis 3. November 2018

Ort: Duisburg

Infos: Friedrich-Ebert-Stiftung in NRW
Katja Conigliaro
Tel: 02 28 / 8 83-72 03
Katia.Conigliaro@fes.de
<https://tinyurl.com/y9uu6b5g>

Jahresfachtagung „Irgendwie Hier! Flucht-Migration-Männlichkeiten“

Termin: 12. November 2018

Ort: Essen

Infos: LAG Jungenarbeit in NRW e. V.
Tel: 02 31 / 53 42 174
info@lagjungenarbeit.de
<https://lagjungenarbeit.de/jubilaeum>

Fachtagung „Narrative des Rechtsextremismus und Islamismus im kritischen Vergleich

Termin: 26. November 2018

Ort: Köln

Infos: NS-Dokumentationszentrum/Info- und Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) Köln und Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf (FORENA)
ibs@stadt-koeln.de
http://forena.de/wp-content/uploads/2018/08/2018_08_Flyer_Rechtsext-Islamismus.pdf

Save the date! Fachtagung „Auf verlorenem Posten? Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten bei der Unterstützung von Betroffenen rassistischer Gewalt“

Termin: 28. November 2018

Ort: Köln

Infos: projekt.re:act der Opferberatung Rheinland
Kawthar El-Qasem
Tel: 02 11 / 15 92 55-5
kawthar.el-qasem@opferberatung-rheinland.de
www.opferberatung-rheinland.de/projekt-react/

Save the date! Fachtagung „Jahresrückblick und Ausblick des projekt.kollektiv (IDA-NRW)“

Termin: 6. Dezember 2018

Ort: Düsseldorf

Infos: projekt.kollektiv (IDA-NRW)
Kolja Koch
Tel: 02 11 / 15 92 55-67
kolja.koch@IDA-NRW.de
www.ida-nrw.de/wir-ueber-uns/projekte/

QualifizierungsWorkshop: „Alltag in der Mädchen*arbeit. Intersektionale Praxisreflexion und Impulse für Fachkräfte der Mädchen*arbeit“

Termin: 8. November 2018

Ort: Wuppertal

Infos: LAG Mädchenarbeit in NRW e. V.
Tel: 02 02 / 7 59 50 46
lag@maedchenarbeit-nrw.de
www.maedchenarbeit-nrw.de/info/termine/lag-QualifizierungsWorkshop7-892018.pdf

IDA-NRW wird gefördert vom

Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Online-Ausgabe

www.ida-nrw.de/publikationen/ueberblick/